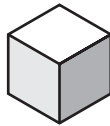




Islamismusprävention in der Schule

**Rauf Ceylan &
Michael Kiefer**



BAUSTEIN 15





Prof. Dr. Dr. Rauf Ceylan ist Professor für Religionssoziologie am Institut für Islamische Theologie an der Universität Osnabrück. Zu Ceylans wissenschaftlichen Schwerpunkten zählt die gegenwartsbezogene Islam- und Migrationsforschung.

Prof. Dr. Michael Kiefer ist Professor für Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft an der Universität Osnabrück. Kiefer befasst sich seit mehr als 20 Jahren mit den Themenfeldern Antisemitismus, Islamismus und Radikalisierungsprävention.

Impressum

© Aktion Courage e.V., Berlin
Erste Auflage, März 2026
ISBN 978-3-933247-87-2



Herausgegeben durch die Bundeskoordination
Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage,
in der Trägerschaft des Aktion Courage e.V.

Jede Verwertung ist ohne Zustimmung von Aktion Courage e.V. unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen, Übersetzungen und die Einspeicherung in elektronische Systeme.





ISLAMISMUSPRÄVENTION IN DER SCHULE

I.	Einleitung	5
2.	Islamismus heute	13
2.1	Islam versus Islamismus	14
2.2	Die Geschichte des Islamismus	18
2.3	Dschihadistischer und legalistischer Islamismus	31
2.4	Islamist:innen gehen online: Freund-Feind-Kodierungen und die ‚virtuelle Umma‘	35
3.	Prävention gegen Islamismus in der Schule	41
3.1	Prämissen einer guten Präventionsarbeit	42
3.2.	Die Praxis der Radikalisierungsprävention in der Schule	50
4.	Praxis der Radikalisierungsprävention in der Schule am Beispiel CleaR – Clearingverfahren gegen Radikalisierung	55
5.	Herausforderungen und offene Fragen	61







1. Einleitung

Der Grundgedanke der Prävention ist ebenso einfach wie naheliegend: Es geht darum, einen als negativ bewerteten Zustand oder ein unerwünschtes Ereignis durch geeignete und angemessene Maßnahmen zu verhindern. Das Konzept der Prävention – und die ihr innewohnende Logik des vorbeugenden Handelns – sind so alt wie die Moderne selbst. Bereits Auguste Comte, der Begründer des Positivismus, betrachtete Prävention (Voraussehen) als eine zentrale Technik moderner Staatspolitik.¹

Heute ist Prävention allgegenwärtig und betrifft in den wohlhabenden Gesellschaften nahezu alle Menschen und Lebensbereiche. Regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen sorgen dafür, dass sich Kinder gesund entwickeln. In der Adoleszenz warnt Prävention vor den Risiken von Alkohol- und Drogenkonsum. Ziel ist ein gesundes, sicheres und möglichst selbstbestimmtes Leben – auch um Krankheit, Siechtum und Armut im Alter vorzubeugen.

Neben dem Gesundheitsbereich existieren zahlreiche weitere Felder präventiven Handelns. So soll Prävention auch Kriminalität und Devianz eindämmen. In diesem

¹ Vgl. Comte, August: Rede über den Geist des Positivismus, Hamburg 1994.





Kontext ist die Radikalisierungsprävention zu verorten, die sich in den vergangenen zehn Jahren zu einem wichtigen gesamtgesellschaftlichen Handlungsfeld entwickelt hat.²

Präventive Praxis verortet sich heute in drei Handlungsfeldern, die bereits ab den 1960er Jahren maßgeblich von Gerald Caplan und Robert S. Gordon geprägt wurden.³ Die primäre oder auch universelle Radikalisierungsprävention weist keine Zielgruppenspezifität auf und richtet sich an alle. Maßnahmen der primären Prävention sind häufig ressourcenorientiert und zielen auf die Generierung von wirksamen Schutzfaktoren. Hierzu zählen unter anderem diverse Formate des Empowerments und der Wissensvermittlung. Die sekundäre oder auch selektive Prävention adressiert Menschen, die aufgrund spezifischer Merkmale einer Risikogruppe zugeordnet werden oder erste Anzeichen einer möglichen Radikalisierung aufweisen. Maßnahmen zielen hier unter anderem auf eine Unterbrechung von bereits laufenden Radikalisierungsprozessen. Die tertiäre oder indizierte Prävention befasst sich schließlich mit Personen, bei denen eine manifeste Problemlage konstatiert werden kann. Dies sind zum Beispiel Personen, die im Kontext extremistischer Bestrebungen bereits straffällig geworden sind. Präventive Maßnahmen, die unter anderem im Rahmen der Bewährungshilfe durchgeführt

² Vgl. Kiefer, Michael: Radikalisierungsprävention in Deutschland – Ein Problemaufriss, in: MAPEX-Forschungsverbund (Hrsg.): Radikalisierungsprävention in Deutschland. Mapping und Analyse von Präventions- und Distanzierungsprojekten im Umgang mit islamistischer Radikalisierung, Osnabrück/Bielefeld 2021, S. 33.

³ Vgl. Caplan, Gerald: Principles of Preventive Psychiatry, New York 1964.





werden, zielen hier auf die Verhinderung weiterer Straftaten. Programme der tertiären Prävention können sich ferner um einen Szeneausstieg und eine Deradikalisierung bemühen.⁴

Im Kontext der Präventionsarbeit weist die Radikalisierungsprävention einige Besonderheiten auf, die einer kritischen Reflexion bedürfen. In der praktischen Umsetzung zeigt sich für die Adressat:innen der Maßnahmen häufig ein Problem, das im Paradigma der Abweichungsorientierung begründet liegt – einem zentralen Merkmal präventiver Logik.

Dieses Paradigma besagt, dass präventive Maßnahmen dann ergriffen werden, wenn zu befürchten ist, dass eine Person den – wie auch immer definierten – Zustand der gesellschaftlichen Normalität zu verlassen droht. In vielen Bereichen erweist sich diese Orientierung als hilfreich und unbedenklich. Betrachtet man etwa die verschiedenen Handlungsfelder der Gesundheitsprävention, so lässt sich feststellen, dass viele Maßnahmen zweifellos zum Wohle der Adressat:innen erfolgen.

Ein anschauliches Beispiel bietet die zahnmedizinische Prävention im Rahmen der Elementarpädagogik. Gesunde, weiße und gepflegte Zähne gelten hier aus medizinischer Sicht als Normalfall, der erhalten werden soll. Diese Perspektive findet in der Regel ungeteilte Zustimmung bei Eltern, Pädagog:innen und Kindern. Karies und Zahnschmerzen sollen vermieden werden – und alle Beteilig-

⁴ Vgl. Kiefer, Michael: Wie mit gefährdeten Jugendlichen umgehen? Prämissen und Praxis einer sekundären Prävention in schulischen Kontexten, Bundeszentrale für politische Bildung, 04.05.2018. www.bpb.de/themen/islamismus/dossier-islamismus/268742/wie-mit-gefaehrdeten-jugendlichen-umgehen/#footnote-target-6 (Zugriff am 09.10.2025).





ten sind bereit präventiv zu handeln, um dieses Ziel zu erreichen.⁵

Diese Einigkeit, wie sie etwa in der Gesundheitsprävention besteht, ist in der Radikalisierungsprävention nur bedingt gegeben. Besonders deutlich zeigt sich dies in der aktuellen gesellschaftlichen Debatte um die AfD. Welche politischen Positionen kann man im Kontext von Migration vertreten? Und ab wann gilt jemand als rechtsextrem? Mit dem Verschwinden einer breiten bürgerlichen Mitte und dem Erstarken der AfD, die derzeit nahezu ein Viertel der Wahlbevölkerung hinter sich weiß, sind solche Fragen nicht mehr eindeutig zu beantworten. Denn Normalität im politischen Raum ist stets das Ergebnis von Aushandlungsprozessen, die idealerweise zu breit akzeptierten Ergebnissen führen.

Noch komplexer wird die Situation, wenn es um religiöse Fragen und Praktiken geht. Was gilt als ‚normale‘ Religionsausübung? Was ist ‚normaler Islam‘ – und wer darf darüber entscheiden? Wer sich mit diesen Fragen beschäftigt, betritt unsicheres Terrain, auf dem schnell Konflikte und Missverständnisse entstehen können.

Ein häufig diskutiertes Beispiel aus dem schulischen Kontext verdeutlicht diese Problematik: Angenommen, einige gläubige Schüler:innen eines ganztägigen Berufskollegs möchten während der Schulzeit ihre fünf täglichen Pflichtgebete verrichten und wenden sich mit der Bitte an die Schulleitung, hierfür einen Raum zur Verfügung zu stellen. Hinter diesem Anliegen können unterschiedliche Motivationen stehen. Naheliegend ist, dass die Schüler:innen schlicht ihre religiösen Pflichten erfüllen möchten. Möglich ist jedoch auch, dass die Schüler:innen islamis-

⁵ Vgl. Kiefer: Radikalisierungsprävention in Deutschland – Ein Problemabriss, S. 36 ff.





tischen Strömungen nahestehen und mit ihrem Anliegen weitergehende Zielsetzungen verfolgen. Die Schulleitung steht somit vor der Aufgabe, diese Hintergründe zu klären und eine verantwortungsvolle Entscheidung zu treffen.

Die Definitionsmacht über ‚Normalität‘ und ‚Abweichung‘ ist dabei weder neutral noch konfliktfrei. Unterschiedliche Akteure der Präventionsarbeit – staatliche Institutionen, zivilgesellschaftliche Träger oder religiöse Gemeinden – bringen jeweils eigene Perspektiven, Interessen und Wertvorstellungen ein. Auch die Adressat:innen der Maßnahmen haben häufig ein eigenes Verständnis von Normalität und legitimer Weltanschauung.

Solche Perspektivendifferenzen sind in pluralen Gesellschaften nicht nur wahrscheinlich, sondern unvermeidlich. In der Praxis können daraus Spannungen, Missverständnisse oder gar offene Konflikte entstehen – insbesondere dann, wenn Präventionsangebote von den Betroffenen als bevormundend, stigmatisierend oder als Angriff auf ihre religiöse beziehungsweise kulturelle Identität wahrgenommen werden.

Gerade deshalb erfordert dieses Arbeitsfeld ein hohes Maß an Sensibilität, Selbstreflexion und Dialogorientierung. Erfolgreiche Präventionsarbeit gegen Radikalisierung und Extremismus muss anerkennen, dass sie sich in einem komplexen Spannungsfeld zwischen Schutzauftrag, Freiheitsrechten sowie kultureller und religiöser Diversität bewegt. Sie braucht klare ethische Leitlinien, transparente Zielsetzungen und die aktive Einbindung der betroffenen Communitys.

Jede Präventionsarbeit richtet sich letztlich auf einen bestimmten Gegenstand. Prägnant lässt sich dies in der Frage bündeln: Prävention gegen was? In diesem Heft befassen wir uns mit verschiedenen Formen des Islamismus. Das Thema hat eine hohe Relevanz für die Schule, da es in den





vergangenen Jahren immer wieder Auseinandersetzungen um islamistische oder sogenannte konfrontative Religionsbekundungen gegeben hat.

Betrachten wir zunächst den islamistisch motivierten Terrorismus, der im letzten Jahrzehnt im Mittelpunkt des medialen Interesses stand und zu dem mit viel Verve politische und gesellschaftliche Debatten geführt wurden. Ausgangspunkt dieser Diskussionen ist die Beobachtung, dass sich das Bedrohungsszenario fundamental verändert hat: Während groß angelegte, koordinierte Anschläge wie in Paris, Brüssel oder Berlin in den letzten Jahren ausgeblieben sind – nicht zuletzt aufgrund der gestiegenen logistischen und operativen Risiken für terroristische Netzwerke –, verzeichnen die Sicherheitsbehörden seit rund einem Jahr eine signifikante Zunahme von Einzeltäteranschlägen. Auffällig ist, dass zunehmend auch sehr junge Menschen mit Gewalthandlungen in Erscheinung treten. Verwiesen sei hier auf den Fall „einer 13-jährigen mutmaßlich islamistischen Gefährderin“, die im August 2025 in Paderborn eine Betreuerin schwer verletzte.⁶ Leider handelt es sich dabei um keinen Einzelfall. Aktuelle Zahlen von Europol belegen, dass die Rekrutierten immer jünger werden: „Im vergangenen Jahr war fast jeder dritte Tatverdächtige unter 20 Jahre alt – der jüngste sogar erst zwölf.“ Die Rekrutierungen laufen über Online-Plattformen und adressieren insbesondere Jugendliche, die im Schnitt zwischen 8 und 17 Jahren alt sind.⁷

⁶ N.N.: Gericht: Klinik muss 13-Jährige aufnehmen, Zeit Online, 22.08.2025. www.zeit.de/news/2025-08/22/gericht-klinik-muss-13-jaehrig-aufnehmen (Zugriff am 10.10.2025).

⁷ N.N.: Terroristen werden laut Europol immer jünger, Spiegel Online, 24.06.2025. www.spiegel.de/ausland/terror-in-europa-tatverdaechtige-werden-laut-europol-immer-juenger-a-2f40be8a-067c-4eb4-90e1-a3ad176cdc25 (Zugriff am 10.10.2025).





Besorgniserregend ist auch die deutliche Zunahme von Aktivitäten im Spektrum des legalistischen beziehungsweise politischen Islamismus. Seit dem 7. Oktober 2023 nutzen islamistische Akteur:innen vermehrt soziale Medien, um ihre Botschaften zu verbreiten. In Deutschland zeigen sich derzeit insbesondere Formate der Hizb ut-Tahrir-Bewegung – *Muslim Interaktiv*, *Realität Islam* und *Generation Islam* – als besonders aktiv. Sie verfolgen eine neue hybride Strategie, die Online-Propaganda mit Straßenprotesten verbindet.

Die verschiedenen Erscheinungsformen des Islamismus spielen auch im schulischen Kontext eine Rolle. Schüler:innen, die durch gewalttätiges Verhalten auffallen, stellen hier ein eher randständiges, aber dennoch reales Problem dar. Deutlich bedeutsamer sind Phänomene, die dem legalistischen Islamismus zugerechnet werden können. So gab es in den vergangenen Jahren zahlreiche Berichte über sogenannte konfrontative Religionsausübungen muslimischer Schüler:innen. Auch wenn das Ausmaß dieser Problematik umstritten ist, besteht kein Zweifel daran, dass Fälle islamistischer Radikalisierung an Schulen vorkommen. Schulen benötigen daher präventive Konzepte, um auf islamistisch motivierte Handlungen angemessen reagieren zu können.

Der vorliegende Baustein bündelt zentrale Informationen, die bei der Entwicklung schulischer Präventionsmaßnahmen hilfreich sein können. Das erste Kapitel beleuchtet die aktuellen Erscheinungsformen des Islamismus und beschreibt die in Deutschland aktiven Akteur:innen. Anschließend wird erläutert, welche Rahmenbedingungen in schulischen Kontexten für eine nachhaltige Radikalisierungsprävention gelten und welche grundlegenden Prämissen dabei erfüllt sein müssen. Darauf aufbauend werden ausgewählte Methoden der Radikalisierungsprävention





vorgestellt. Der Schwerpunkt der Darstellungen liegt in den Handlungsfeldern der sekundären und tertiären Prävention. Anschließend wird das Konzept *ClearR – Clearingverfahren gegen Radikalisierung* vorgestellt, das sich unter anderem auf das Konzept der ‚Neuen Autorität‘ bezieht. Abgeschlossen wird der Baustein mit einem Ausblick auf zukünftige Herausforderungen und offene Fragen im Handlungsfeld der schulischen Radikalisierungsprävention.



FOTO: PICTURE ALLIANCE / SZ PHOTO | STEPHAN RUMPF





2. Islamismus heute

‚Totgesagte leben länger‘ – diese Formel erweist sich im Kontext des Islamismus als überaus treffend. Obwohl das Ende islamistischer Bewegungen schon mehrfach prognostiziert wurde⁸, deuten die jüngeren Entwicklungen auf eine fortgesetzte Reaktualisierung. Diese Dynamik betrifft alle Erscheinungsformen des Islamismus.

Weltweit ist ein Anstieg unterschiedlicher Extremismen (rechts, links, religiös) zu beobachten. Zugleich haben neue Unsicherheiten infolge globaler Verflechtungen, pandemischer Disruptionen und wahrgenommener sozialer Ungerechtigkeiten sowie festgefahrene Denkmuster über Identitäten dazu beigetragen, dass diese Ideologien wieder mehr Gehör finden. Postkoloniale und neo-imperiale Deutungsmuster tragen zusätzlich zur politischen Aufladung bei und rufen – konjunkturabhängig – auch ältere Ideologien wieder auf den Plan.

Der Islamismus hat sich als eine Art ‚kulturelles Hintergrundrauschen‘ etabliert, auf das unterschiedliche Gruppen bei Bedarf zugreifen. Dieses globale ‚Archiv‘ an Narrativen

⁸ Vgl. hierzu z. B. Gilles Kepel, der konstatierte, dass der Islamismus seinen Zenit überschritten habe – Ders.: Das Schwarzbuch des Dschihad. Aufstieg und Niedergang des Islamismus, München 2002.





wird nicht nur von Islamist:innen selbst, sondern auch von deren Gegner:innen – etwa durch Begriffe wie ‚Islamofaschismus‘ – aktiviert. Es ist ein fest installiertes extremistisches Deutungsangebot, das in Krisenzeiten überall als Erklärungsmodell bereitsteht.

Vor diesem Hintergrund wird in diesem Kapitel zunächst die terminologische Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus etabliert. Darauf aufbauend, folgt eine Skizzierung der Geschichte des Islamismus inklusive seiner Transformationsprozesse. Im Anschluss werden die Unterschiede zwischen dschihadistischem und legalistischem Islamismus beleuchtet. Abschließend werden die Konsequenzen der Digitalisierung für das Phänomen des Islamismus dargestellt.

2.1 Islam versus Islamismus

Als ein politisches Projekt bezieht der Islamismus seine Ideologie und Legitimität aus koranischen wie außerkoranischen Quellen. Sein Ziel ist die Implementierung einer umfassenden Gesellschaftsordnung, der sich alle unterwerfen müssen. Die Staatlichkeit, die gesellschaftliche Normierung und die Moral sowie das Privatleben werden dabei durch eine Scharia-basierte Governance gerahmt und umgedeutet.⁹ Eine klare Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus ist nicht einfach, da sich Islamist:innen eben auf dieselben

⁹ Vgl. Ceylan, Rauf: Salafistische Symbolik. Fundamentalistische Um- und Neudeutungen religiöser Tradition, in: Ceylan, Rauf/Uslucan, Haci-Halil (Hrsg.): Transformation religiöser Symbole und religiöser Kommunikation in der Diaspora. Sozialpsychologische und religionssoziologische Annäherungen an das Diskursfeld Islam in Deutschland, Wiesbaden 2018, S. 201-211.





Quellen dieser Weltreligion beziehen. Die Zeit von der Verkündung des Islam auf der arabischen Halbinsel bis zum Anbruch der Moderne war zwar gekennzeichnet durch theokratische Prinzipien, Religionskriege und Sklaverei – Merkmale, die heute von Islamist:innen unreflektiert übernommen werden. Gleichzeitig brachte diese Ära aber auch Phasen hoher intellektueller Offenheit, wissenschaftlichen Fortschritts und kultureller Vielfalt hervor, die in der heutigen extremistischen Lesart systematisch ausgeblendet werden

Ein aktuelles Beispiel für die Herausforderung, zwischen religiöser Tradition und ihrer extremistischen Instrumentalisierung zu unterscheiden, ist das Aufkommen der terroristisch-militanten Gruppe ‚Islamischer Staat‘ (IS). Ihre archaischen, drakonischen Mittel begründete sie stets mit dem Verweis auf islamische Quellen. Dabei wird der Begriff des ‚Dschihad‘ von seiner defensiven Form zu einer Legitimierung der gewaltsamen Durchsetzung politischer Ziele umgedeutet. Dass auch Teile der Forschung den Dschihad als dem Islam immanent diskutieren, unterstreicht die Notwendigkeit einer inhaltlichen und deutungsbezogenen (hermeneutischen) Differenzierung.¹⁰

Die zentrale Erkenntnis lautet daher: Werden historische Gegebenheiten einer Religion nicht als epochenspezifisch anerkannt, sondern zu zeitlosen, unveränderlichen Normen erklärt (reifiziert), entsteht eine strukturelle Tendenz zum Fundamentalismus. Dies lässt sich historisch und aktuell sowohl im Islam als auch im Judentum und Christentum beobachten.

Fundamentalismus erscheint dann als transreligiöses Phänomen, das sich aus folgenden Faktoren ergibt:

¹⁰ Vgl. Bar, Shmuel: The Religious Sources of Islamic Terrorism, in: *Policy Review*, Vol. 125, 2004, Research Library, S. 30.





1. Entkontextualisierung vormoderner Normen (sie werden aus ihrem historischen Zusammenhang gerissen),
2. Reifizierung der Quellen (sie werden zu einem unveränderlichen, unmittelbar geltenden Gesetz erklärt),
3. Übertragung historischer Herrschaftslogiken auf die Gegenwart,
4. Delegitimierung konkurrierender Auslegungstraditionen und
5. Verabsolutierung der eigenen Aussagen (Monopolisierung).

Unter dieser Perspektive wird die Unterscheidung von Islam und Islamismus zu einer hermeneutischen Aufgabe, das heißt, zu einer Frage der Auslegung religiöser beziehungsweise ‚heiliger‘ Texte: Diese Texte wurden in männerzentrierten, nicht-demokratischen Gesellschaften verfasst, die von permanenten Kriegen und religiös begründeten Rechts- und Gewaltordnungen geprägt waren und keine durchgängig systematische Struktur ausbildeten. Entscheidend ist also nicht nur der Text allein, sondern auch dessen historische Kontextualisierung (Einordnung), die methodische Auslegung (einschließlich der Anerkennung pluraler Interpretationsgemeinschaften) und der gegenwartsbezogene Zielhorizont. Diese Faktoren entscheiden darüber, ob religiöse Referenzen eher spirituell-ethisch oder politisch-fundamentalistisch mobilisiert und genutzt werden.

Insofern ist nicht die Existenz kanonischer Quellen per se problematisch, sondern deren ahistorische Politisie-





rung: Wenn historische Kontexte ignoriert und vormoderne Paradigmen als verbindliche Gegenwartsnormen gesetzt werden, markiert dies die entscheidende Bruchlinie zum Islamismus. In Abgrenzung dazu wird der Islam – eine der abrahamitischen Religionen – als theozentrische (gott-zentrierte) Offenbarungsreligion bestimmt, deren Glaube und Praxis individuell wie gemeinschaftlich gelebt werden können, ohne notwendigerweise einen politischen Transformationsanspruch zu implizieren.

Der Islamismus lässt sich anhand folgender Merkmale analytisch vom Islam unterscheiden: Sein ideologisches Ziel ist je nach Strömung auf die globale oder nationale Umgestaltung staatlicher und gesellschaftlicher Ordnungen gerichtet. Im Kontrast dazu zielt die nicht-politische Religionspraxis primär auf individuelle Frömmigkeit und ethische Lebensführung ab, die auf Gottesbewusstsein beruht. Zudem werden im Islamismus religiöse Semantiken (Bedeutungsinhalte) instrumentell genutzt und je nach politischem Bedarf eingesetzt, um politisch-gesellschaftliche Projekte zu legitimieren. Schließlich dominiert im Islamismus eine exklusivistische und kollektive Zugehörigkeitspolitik, die unter anderem mit dem Slogan „Umma First“ (*Umma* ist arabisch für ‚Gemeinschaft‘) ausgedrückt wird – gepaart mit einem Überlegenheitsgefühl gegenüber Nicht-Muslim:innen. Der Islam ist für Islamist:innen somit keine ‚Privatsache‘, sondern eine kollektive Mission zur Wiederherstellung der Hegemonialstellung in der Welt – wie in den ‚guten alten Zeiten‘. Diese Haltung macht den Islamismus auch ‚nostalgisch‘ und zu einer rückwärtsgewandten Utopie. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, konservative Frömmigkeit nicht mit Islamismus gleichzusetzen, um falsche Stigmatisierung zu vermeiden.





2.2 Die Geschichte des Islamismus

Die Genese des Islamismus als eine moderne politische Ideologie wird im 19. Jahrhundert verortet. Zu dieser Zeit wurden die muslimisch geprägten Gesellschaften, die sich durch Großformationen wie das Osmanische Reich repräsentiert sahen, mit der politischen, militärischen und wissenschaftlichen Überlegenheit europäischer Mächte konfrontiert. Eindrücklich markiert wurde dies durch die Niederlage der Mameluken in der Schlacht bei den Pyramiden (1798), bei der die napoleonische Expedition nicht nur militärische Dominanz, sondern auch den wissenschaftlich-technischen Vorsprung Europas demonstrierte.¹¹

Vergleichbare Erfahrungen in anderen Regionen leiteten die schrittweise Kolonialisierung weiter Teile der islamisch geprägten Welt ein. Dies führte zu einer Massen-Traumatisierung, die insbesondere die muslimischen Eliten betraf.

In der muslimischen Gelehrtschaft setzte daraufhin eine Ursachenforschung ein, die den wahrgenommenen Statusverlust zu erklären suchte. Weit verbreitet wurde die Diagnose formuliert, dass die Entfernung von den kanonischen Quellen und von der vorbildlichen Frühzeit (*Salaf* bezeichnet auf Arabisch die ersten Generationen der Muslim:innen) zur Schwächung geführt habe. Daraus wurde – in programmatischer Kürze – das Paradigma der Rückkehr zu den Ursprüngen abgeleitet. Diese retrospektive Theologie (Orientierung an der Vergangenheit) blieb zugleich jedoch mit der Herausforderung konfrontiert, sich zu zeitgenössi-

¹¹ Zu den Auswirkungen der Niederlage und der französischen Gegenpropaganda siehe: Erol, Ibrahim Halil: Islamic Propaganda by the French During the Occupation of Egypt (1798-1801), in: *İstanbul Üniversitesi Sosyoloji Dergisi* 42(1), 2022, S. 163-190.





schen politischen und wissenschaftlichen Entwicklungen zu positionieren. Der ‚Westen‘ fungierte in dieser Konstellation als negative Kontrastfolie, indem ihm Dekadenz, Kolonialismus, Materialismus und die ‚verfälschte‘ christliche Religion vorgeworfen wurden.¹²

Wirkungsgeschichtlich ist der Islamismus damit als Produkt dieser Epoche zu lesen: Er übernahm westliche politische Kategorien (Staat, Verfassung, Partei, Souveränität) in religiös legitimierte Entwürfe gesellschaftlicher Ordnung. Verbunden mit einer normativen Rückbindung an frühislamische Autoritätsfiguren und Texte, wird die Exklusivität der Lehre akzentuiert. Diese paradoxe Doppelbewegung – defensive Abgrenzung und selektive Aneignung – strukturiert die ideologische Architektur des Islamismus bis in die Gegenwart.

Die Geschichte des Islamismus im 19. und gesamten 20. Jahrhundert ist durch Kontinuitäten und Brüche gekennzeichnet. Das Grundprinzip einer ‚Rückkehr zu den Wurzeln‘ (*back to the roots*) blieb als übergreifendes Paradigma erhalten, wurde aber je nach politischer Konjunktur situativ neu interpretiert. In Phasen externer Dominanz und innerer Krisen wurde diese ‚Rückkehrformel‘ stets als restaurative Reinigung der Glaubenspraxis akzentuiert. Zugleich erwuchs aus neuen politischen Herausforderungen die Notwendigkeit, die islamistische Ideologie entsprechend neu zu konzeptualisieren und zu rahmen.

Der Ideentransfer des Islamismus lässt sich somit als eine adaptive Traditionspolitik begreifen. Das bedeutet: Es geht nicht um eine einfache Rückkehr in die Vergangenheit, sondern um eine gezielte Neuordnung von Staat, Recht und Moral für die Gegenwart. Dabei findet eine Hybridisierung

¹² Vgl. Lauzière, Henri: *The Making of Salafism. Islamic Reform in the Twentieth Century*, New York 2016.





statt: Vormoderne religiöse Symbole und Regeln werden selektiv herausgegriffen und mit modernsten Mitteln kombiniert – etwa durch die Nutzung zeitgenössischer politischer Organisationsformen, globaler Mediennetzwerke und aktueller Überwachungstechniken. Der Islamismus nutzt also das Gewand der Tradition, um ein hochmodernes Herrschaftsprojekt voranzutreiben.

Im kolonialen und dekolonialen Kontext (unter anderem in Algerien, Ägypten und Syrien) wurden islamistische Narrative zunächst als Widerstands- und Reinheitsdiskurse etabliert. Unter den Bedingungen des antikolonialen Kampfes und der frühen Staatsbildung wurde die ‚Rückkehrformel‘ als Gegenentwurf zur kolonialen Normativität und zu der als korrupt wahrgenommenen einheimischen Elite aufgeladen.¹³ In der postkolonialen Phase traten konkurrierende Großentwürfe (etwa der Panarabismus) als hegemoniale Ideologien auf. Deren Legitimitätskrisen – verschärft durch wirtschaftliche Stagnation, Autoritarismus und militärische Niederlagen – schufen Spielräume, in denen islamistische Akteur:innen die normative Deutungshoheit beanspruchen konnten. Die Gründung Israels (1948) und die Niederlagen arabischer Staaten wurden zu zentralen Referenzereignissen. Anhand dieses stabilisierten Opfer- und Gerechtigkeitsrahmens wurde das Dschihad-Konzept reaktualisiert, der Antisemitismus instrumentalisiert und die Rückkehrformel als moralischer Mobilisierungshebel profiliert.¹⁴

¹³ Vgl. Sour, Lotfi: Understanding Political Islam in Algeria. Experiences, Past and Present, in: *Studia Politica: Romanian Political Science Review*, 16(1), 2016, S. 121-137.

¹⁴ Vgl. Tibi, Bassam: From Sayyid Qutb to Hamas. The Middle East Conflict and the Islamization of Antisemitism, in: *The Yale Initiative for the Interdisciplinary Study of Antisemitism Working Paper Series*, 5, 2010, S. 10.





Mit der schiitischen Revolution im Iran (1979) wurde die Möglichkeit einer religiös begründeten Staatsordnung erstmals wieder sichtbar. Die langersehnte Utopie vieler Islamist:innen schien Wirklichkeit zu werden. Obwohl die schiitische Theoriebildung (*Velayat-e Faqih*, die Herrschaft des Rechtsgelehrten) nicht ohne Weiteres auf sunnitische Strömungen übertragbar ist, wirkte das Ereignis als Imaginationstrigger (Auslöser): Der Nachweis, dass religiös kodierte Souveränität im 20. Jahrhundert politisch durchsetzbar war, beflügelte die Programmatik und die Erwartungshorizonte im gesamten islamistischen Spektrum – legalistisch wie dschihadistisch. Darüber hinaus etablierte der Afghanistan-Dschihad der 1980er Jahre Transiträume, Netzwerke und Kriegsökonomien, die in den 1990er Jahren im transnationalen Dschihadismus rekombiniert wurden (unter anderem Algerien, Bosnien, Tschetschenien).¹⁵

Aus diesen Ereignisketten erwuchsen Pfadabhängigkeiten (historische Abhängigkeiten), die das islamistische Feld nachhaltig strukturierten. Vor diesem Hintergrund lassen sich die Entwicklungen seit Beginn der 2000er Jahre folgendermaßen beschreiben:

Die Iranische Revolution hatte sich seit zwei Jahrzehnten konsolidiert und eine theokratische Staatsordnung etabliert. In Afghanistan waren nach dem Rückzug der Sowjetarmee 1989 und einer Phase des Bürgerkrieges die Taliban an die Schalthebel der Macht gelangt. Islamistische Gruppierungen agierten transnational, von den Philippinen bis nach Ägypten, und traten wiederholt durch terroristische Anschläge in Erscheinung. Hamas und Hisbollah fungierten für Teile des islamistischen Spektrums als Hoffnungsträger

¹⁵ Vgl. Ceylan, Rauf/Kiefer, Michael: Salafismus. Fundamentalistische Strömungen und Radikalisierungsprävention, Wiesbaden 2014, S. 41-70.





im Kampf gegen Israel. Schließlich zeigte der 11. September 2001 die Verwundbarkeit der USA als vermeintlichem ‚Kopf‘ des verhassten Westens.

Für die Jahre 2001 bis 2010 ist eine Zunahme des transnationalen Islamismus zu verzeichnen¹⁶, dessen Knotenpunkte im Al-Qaida-Netzwerk lagen und der durch einen charismatisch geprägten, führerzentrierten Dschihad (*leader-led jihad*) in der Person Usama bin Ladins symbolisch verdichtet wurde. Parallel dazu entwickelte sich ein führerloser Dschihad (*leaderless jihad*), bei dem Akteur:innen eigeninitiativ operierten, ohne formal in Al-Qaida eingebunden zu sein, jedoch ideologisch und visuell von ihr inspiriert waren.

Der Irakkrieg 2003 wirkte zusätzlich als Katalysator: Rekrutierungsströme, transnationale Mobilität und propagandistische Reichweiten wurden intensiviert, und zugleich wurde die Fragmentierung des Feldes beschleunigt. Im Zuge dessen wurden Terroranschläge im Irak, in islamisch geprägten Ländern (unter anderem im marokkanischen Casablanca) sowie in europäischen Städten wie beispielsweise Madrid und London intensiviert, um sich als ‚Retter der Umma‘ zu profilieren.

Für den deutschen Kontext gewinnen in dieser Phase neosalafistische Prediger mit ausgeprägtem Sendungsanspruch wie beispielsweise Pierre Vogel deutlich an Sichtbarkeit. Über sie wurden islamistische Deutungen als jugendkulturelle Bewegung öffentlichkeitswirksam profiliert. Häufig handelte es sich um Geistliche mit Ausbildung im Ausland (unter anderem Saudi-Arabien und Ägypten), die ihre Missionstätigkeit in westlichen Gesellschaften entfalteten.

¹⁶ Vgl. Vasiliev, Aleksei M./Aleksandrovna, Natalia: The Evolution of Al-Qaeda. Between Regional Conflicts and a Globalist Perspective, in: *Herald of the Russian Academy of Sciences*, Vol. 92, 2022, Suppl. S. 1241.





Durch die gezielte Nutzung des Internets, öffentlichkeitswirksame Straßen- und Event-Formate sowie Vereinsgründungen wurde eine neuartige Reichweite aufgebaut, die Politik und Wissenschaft gleichermaßen vor große Herausforderungen stellte.¹⁷ Insbesondere Bildungsinstitutionen sahen sich mit bislang ungewohnten Konfliktlagen konfrontiert:

- Unterrichtsstörungen durch missionarische Interventionen,
- Aushandlungen über Kleidungs- und Geschlechterordnungen,
- Einführung informeller Autoritäten in Peer-Groups sowie
- schnelle Zirkulation einschlägiger Inhalte über Schulhöfe und Messenger.

In der Folge mussten unter Zeitdruck pädagogische Antworten entwickelt werden: Fortbildungen zu religiös begründeten Konflikten, schulische Leitfäden zum Umgang mit Provokations- und Rekrutierungsversuchen, Aufbau von Präventionsketten (Schule–Jugendhilfe–Moscheegemeinden–Sicherheitsbehörden), Implementierung externer Beratungsstellen sowie Erprobung alternativer Narrativ- und Rollenangebote für jugendliche Zielgruppen. Flankierend entstanden administrative und rechtliche Klärungsbedarfe (Hausrecht, Meinungsfreiheit vs. Schulordnung, Trennung von Religionsausübung und politischer Agitation). Zudem wurden Forschungsprojekte zu Reichweiten, Biografien und

¹⁷ Vgl. Ceylan, Rauf/Jokisch, Benjamin (Hrsg.): Salafismus in Deutschland. Entstehung, Radikalisierung und Prävention, Frankfurt a.M. 2014.





Szenedynamiken initiiert, um evidenzbasierte Interventionen zu ermöglichen.¹⁸ Diese Konstellation markierte eine erste Verdichtung der späteren, digital beschleunigten Präventionsstruktur. Gleichmaßen herausgefordert waren in den 2000er Jahren die bereits etablierten Moscheegemeinden in Deutschland: Sie sahen sich mit einer jugendkulturellen Bewegung konfrontiert, die ihre theologische Deutungshoheit infrage stellte und zugleich den Islam – in deutscher Sprache – in eine populäre Form zu gießen verstand, wodurch sie junge Muslim:innen wie Konvertit:innen abwarb.

Zwischen 2011 und 2013 boten die Aufstände des Arabischen Frühlings islamistischen Akteur:innen flexible Gelegenheiten, ihre Strategien an aktuelle politische Gegebenheiten anzupassen. In mehreren arabischen Nationalstaaten war ein temporärer Aufstieg legalistischer Formationen zu registrieren: Wahlteilnahmen, Parteiengründungen, die Ausweitung wohlfahrtsstaatlicher Angebote sowie mediale Präsenz wurden als Instrumente kultureller Hegemonie (kultureller Vormachtstellung) erprobt.

In einer vergleichenden Analyse dieser Entwicklung für Tunesien, Ägypten und Marokko identifiziert Haynes¹⁹ diese Akteur:innen präzise als „modernistische Islamisten“, die tatsächlich über Wahlen an die Macht gelangten – so beispielsweise die Ennahda in Tunesien oder die FJP (Muslimbruderschaft) in Ägypten. Zugleich decken seine Befunde den zentralen Widerspruch auf, der diesen legalistischen Ansatz bereits 2013 untergrub: Die Wahlsieger verfolgten

¹⁸ Vgl. Ceylan, Rauf/Kiefer, Michael: Radikalisierungsprävention in der Praxis. Antworten der Zivilgesellschaft auf den gewaltbereiten Neo-Salafismus, Wiesbaden 2017.

¹⁹ Vgl. Haynes, Jeffrey: 'The Arab Uprising', Islamists and Democratization, in: Mediterranean Politics, 18 (2) 2013, S. 170-88.





nun selbst einen autoritären ‚Winner-takes-all‘-Regierungsstil, anstatt Kompromisse mit säkularen oder oppositionellen Kräften einzugehen.

In dieser Phase wurde die sogenannte Legalitätserzählung der Islamist:innen verstärkt – also die gezielte Selbstdarstellung als gesetzestreue zivilgesellschaftliche Akteur:innen. Damit einher ging das Bestreben, institutionelle Positionen zu besetzen und Infrastrukturen wie Vereine, Bildungswerke und Medienprojekte massiv auszubauen, um gesellschaftliche Anschlussfähigkeit zu gewinnen. Die Rückkehrformel (*back to the roots*) erhielt dadurch eine verfassungspolitische Verpackung, in der religiös kodierte Normen als Minderheiten- oder Mehrheitsrechte präsentiert und über strategische Rechtsstreitigkeiten (*lawfare*), Lobbyarbeit und Agenda-Setting in öffentliche Aushandlungen eingebracht wurden. Gleichzeitig wirkten Staatszerfall, Sicherheitsvakuum und ökonomische Krisen als Mobilisierungsmultiplikatoren, sodass die Grenze zwischen konservativer Religionspraxis, legalistischem Islamismus und dschihadistischen Resonanzräumen verschwamm.²⁰

Den Kulminationspunkt dieser Dynamik beschreibt El-Affendi²¹ anhand des Militärputsches in Ägypten, der 2013 den Übergang vom „Arab Spring“ zum „Islamist Ice Age“ markierte. Er argumentiert, dass die entscheidende Bedro-

²⁰ Für eine ausführlichere Darstellung der Entwicklungen siehe Ceylan, Rauf/Kiefer, Michael (Hrsg.): Der islamische Fundamentalismus im 21. Jahrhundert. Analyse extremistischer Gruppen in westlichen Gesellschaften, Wiesbaden 2022.

²¹ Vgl. El-Affendi, Abdelwahab: Arab Spring, Islamist Ice Age. Islamism, Democracy, and the Dictatorship of the „Liberalism of Fear“ in the Era of Revolutions, in: *American Journal of Islam and Society*, 30(4), 2013, S. 1-18.





hung für die alten Regime und ihre säkularen Verbündeten nicht der religiöse, sondern der ‚politische‘ Aspekt des Islamismus war – insbesondere dessen Fähigkeit, demokratische Mehrheiten zu mobilisieren. Diese Furcht führte zur Etablierung einer „Diktatur des Liberalismus“ (*wilāyat al-librālī*), in der säkulare Eliten ein Bündnis mit dem Militär und den alten Sicherheitsapparaten eingingen. Ihr Ziel war es, die gewählten Islamist:innen zu entmachten und das durch die Krise entstandene Vakuum zu füllen.

Speziell der Syrische Bürgerkrieg von 2011 bis 2024 fungierte in dieser Konstellation als Magnetkonflikt. Er erschien zunächst als Hoffnungsschimmer für Teile des islamistischen Spektrums, mit der Erwartung, dass sich dort ein politisch und militärisch durchsetzbarer Ordnungsentwurf realisieren ließe. Humanitär-politische Rahmungen wie ‚Schutz der Bevölkerung‘ und ‚Verteidigung der Umma‘ senkten die Einstiegsschwelle für die transnationale Mobilisierung. Durch diasporische Netzwerke, die Ökonomie der Prediger:innen und Solidaritätsaufrufe, die digital verbreitet wurden, entstanden Fremdkämpferdynamiken. In der Folge etablierten sich hybride Strategien, die neben der Rekrutierung, Ausbildung und dem Fronttransfer von Kämpfern auch auf Spendenaktionen und Medienarbeit setzten. Märtyrerästhetik und Echtzeitbilder verstärkten dabei die symbolischen Anreize. Zugleich begünstigte die Konfliktökonomie die Konsolidierung dschihadistischer Akteur:innen, die – teils unter transnationalen Marken, teils als lokale Franchise-Ableger – ihre Gebiets- und Ressourcenhoheit ausbauten.

Dieses dschihadistisch dominierte Akteursfeld war intern durch einen heftigen Überlebenskampf geprägt. Die syrische Muslimbruderschaft (SMB) verfolgte zwar einen ‚zentristischen‘ (*Wasatiya*)-Kurs, konnte jedoch keine domi-





nante Rolle vor Ort erringen. Ihre Ambitionen scheiterten primär an der dreißigjährigen Exil-Abwesenheit der Führung, der internen Fragmentierung und der militärischen Übermacht dschihadistischer Gruppen wie der al-Nusra-Front. Verschärft wurde diese Situation durch die Dynamik im Irak: Da der IS aus einem dortigen Al-Qaida-Ableger hervorging und die Kampfgebiete beider Länder zu einem transnationalen Raum verschmolz, wurde die national ausgerichtete Strategie der SMB unterminiert. Dennoch blieb Syrien für legalistische Milieus als Projektionsfläche relevant – nicht zuletzt als Beleg für das Versagen säkularer Regime. Der IS konterkarierte die islamistischen Hoffnungen vor allem durch seinen totalitären Exklusivitätsanspruch: Er duldete keine anderen islamischen Akteur:innen neben sich und bekämpfte konkurrierende Gruppen oft blutiger als das Assad-Regime selbst. Statt der erhofften religiösen Einigung führte das ‚Kalifat‘ zur Fragmentierung und zum Bruderkrieg innerhalb des islamistischen Spektrums. Mit dem Verlust ihres Territoriums nach 2019 wandelte sich die Organisation von einer bürokratischen Staatsmacht zu einer dezentralen Marke, deren lokale Franchises zwar operativ eigenständig agieren, sich aber weiterhin auf das symbolische Erbe des IS berufen.

Im deutschen Kontext wurden insbesondere zwischen 2013 und 2016 deutliche Rückkopplungen sichtbar, ausgelöst durch die massive Social-Media-Präsenz der Kämpfer vor Ort. Zum einen nahm die Zahl der Ausreiseversuche radikalisierte Jugendlicher sprunghaft zu. Zum anderen kam es lokal zu einer starken Polarisierung, etwa durch provokante Dawah-Straßenaktionen wie die „Lies!“-Kampagne (*Dawah* ist arabisch für ‚Einladung zum Islam‘) oder die Debatten um Rückkehrer aus den IS-Gebieten. Der syrische Krieg besaß damit eine Doppelfunktion für das islamistische Feld in





Europa: Er war Mobilisierungsmotor und Radikalisierungsbeschleuniger zugleich.²² In Deutschland fungierte er einerseits als Hoffnungsträger einer vermeintlichen, teilweise endzeitlich gefärbten Ordnungserneuerung, andererseits als Katalysator einer Fragmentierung ohne festes Territorium, aus der dezentrale, inspirativ gesteuerte Gewaltformate hervorgingen.

Auch nachdem der IS seinen Höhepunkt überschritten hatte, blieb die islamistische Szene nachhaltig von der Erfahrung des territorialen ‚Kalifats‘ und dessen militärischem Scheitern geprägt. Erstens verfestigte sich eine post-territoriale Funktionsweise (die ohne festes Territorium auskommt), zweitens etablierten sich digitale Autoritäts- und Reichweitenstrukturen. Insbesondere ab 2017 mit dem Eintreffen der ersten Rückkehrer:innen aus Mossul und Rakka sowie verstärkt ab 2019 nach dem endgültigen territorialen Zusammenbruch des IS erwuchs in Deutschland die fortgesetzte Notwendigkeit, sich im Rahmen der Sicherheits-, Sozial- und Bildungssysteme mit Rückkehr-, Distanzierungs- und Präventionsfällen zu befassen. Zudem mussten Forschung und Praxis auf fragmentierte, plattformgetriebene Dynamiken umgestellt werden.²³

Zugleich wirken die ideologischen Merkmale des IS im post-territorialen Modus fort: Über hybride Online-Ökosysteme und parasoziale Autoritätsbeziehungen – also einseitige emotionale Bindungen zu digitalen Predigern – erreichen

²² Vgl. Kiefer, Michael: Die Selbsterhöhten. Tausende Kämpfer aus Europa kämpfen für die Terrormiliz, in: *Das Parlament*, Nr. 16, 13.04.2015, S. 16.

²³ Vgl. Er, Samet: Der Strafvollzug als Zwischenstation der Radikalisierung. Eine Studie zu Strafgefangenen und Haftentlassenen muslimischen Glaubens anhand biografisch-narrativer Gesprächsführung, Wiesbaden 2021.





sie weiterhin insbesondere junge Menschen in Europa. Anschläge wie jener auf den Berliner Weihnachtsmarkt (2016) verdeutlichen die tödliche Wirkmacht dieser Symbolik trotz der massiven organisatorischen Schwächung.

Innerhalb der islamischen Glaubensgemeinschaft wurde der IS quer über alle Lager hinweg scharf kritisiert. Zentrales Element dieser Abgrenzung war die Gleichsetzung der Gruppe mit den *Khawārij* (einer frühen theologischen Gruppe, die aufgrund ihres Extremismus als abtrünnig galt). Diese diskursive Grenzziehung positionierte den IS außerhalb der legitimen Glaubensgemeinschaft, ohne das Ideal des Kalifats als solches vollständig preiszugeben.²⁴ An dieser Kritik wird eine tiefgreifende Konkurrenz um Deutungshoheit sichtbar: Es geht um die Definitionsmacht darüber, wer Kalifatsansprüche artikulieren darf, welche Gelehrtenautorität Geltung beansprucht und welche Gewaltformen als islamrechtlich zulässig markiert werden. Damit zeigt sich weniger ein einfaches Pro-Kontra-Kalifat-Schema, als vielmehr ein Feld konfliktiver Autorisierungen. In diesem werden symbolisches und religiös-juristisches Kapital mobilisiert, um Führungsansprüche über die Kriterien islamischer Governance zu behaupten.

Seit 2020 wird die islamistische Szene durch Fragmentierung und Post-Territorialität bestimmt. Die Sichtbarkeit und die Möglichkeiten der Akteur:innen hängen nicht mehr von geografischer Kontrolle ab, sondern werden stattdessen von hybriden Online-Umgebungen bestimmt. Diese Umgebungen sind sehr flexibel: Die Akteur:innen wechseln schnell zwischen großen sozialen Netzwerken, verschlüsselten

²⁴ Vgl. Collick, Yoel: United in Opposition, Deviating in Vision: the Diverse Response to the Islamic State's Caliphate, in: *Middle Eastern Studies*, 62(1), 2026, S. 158-173.





Chat-Diensten usw. (Plattformflexibilität) und können sich damit leicht an globale Konfliktnarrative anschließen.

In dieser Online-Welt entstehen kurzfristige Mobilisierungswellen (Peaks), die direkt durch aktuelle Ereignisse ausgelöst werden. Insbesondere Kriegseskalationen und symbolische Provokationen führen zu raschen Mobilisierungsschüben. Die Strategien der Extremist:innen verschieben sich: Sie setzen auf vereinfachte, leicht teilbare Inhalte (mimetische Verdichtung), folgen dem Prinzip ‚Inspiration statt Steuerung‘ und nutzen einfache, unkomplizierte Taktiken (Low-Tech-Taktiken).

Der Gaza-Krieg, insbesondere der 7. Oktober 2023, wirkte wie ein Motor für diese Dynamiken: In den digitalen Öffentlichkeiten bildeten sich schnell polarisierte Meinungsgruppen. In diesen Gruppen wurden islamistische Bedeutungsinhalte mit postkolonialen, antisemitischen und anti-imperialen Deutungsmustern vermischt und verknüpft. Auch in nicht-islamistischen Kreisen wie unter Aktivist:innen sowie in akademischen oder subkulturellen Milieus wurde die Hamas teilweise als ‚Widerstandsbewegung‘ dargestellt. Dadurch entstanden lose Bündnisse ohne formelle Mitgliedschaft. Diese Bündnisse boten über gemeinsame Slogans, Symbole und Protestformen Anschlussmöglichkeiten. Das senkte die Hemmschwelle für die Beteiligung und verschärfte gleichzeitig die Konflikte um die Legitimität in den liberal-demokratischen Öffentlichkeiten.

In der Gesamtschau lässt sich festhalten: Der Islamismus ist wirkungsgeschichtlich ein Produkt der Moderne, das vor-moderne Inhalte als politische Ressource nutzt und aktuell hält. Seine Narrative schwanken (oszillieren) zwischen Restauration und Innovation. Brüche entstehen immer dann, wenn infolge geopolitischer Schocks, ideologischer Konkurrenzen und technologischen Wandels die Kernthese





der ‚Rückkehr zu den Ursprüngen‘ neu interpretiert werden muss. Kontinuität resultiert aus der dauerhaften Verfügbarkeit dieser Formel im kulturellen Gedächtnis. Disruption (Störung) entsteht aus ihrer situativen Neukombination mit zeitgenössischen Organisations- und Mobilisierungstechniken – aktuell beschleunigt durch digitale Umgebungen, die organisatorische Unabhängigkeit vom Territorium und mehrfache Konfliktrückkopplungen.

Abschließend lässt sich daher für zukünftige Entwicklungen festhalten, dass Islamismus als wandlungsfähige Politik- und Diskursformation fortlaufend wieder auftritt, und zwar in konjunkturabhängigen Gewändern, die durch Wissensproduktion, Vernetzung, digitale Präsenz und charismatische Sprecherfiguren bestimmt werden. Die historische Skizzierung zeigt: Höhepunkte der Sichtbarkeit und Mobilisierung entstehen regelmäßig dann, wenn Gelegenheitsstrukturen (politisch, medial, sicherheitspolitisch) Möglichkeiten bereitstellen, die vorhandene Strategien (Repertoires) ausweitbar machen. Zugleich verstärkt die Zunahme allgemeiner Extremismustendenzen in westlichen Gesellschaften die Abgrenzungsnarrative islamistischer Akteur:innen. Diese dämonisieren den ‚Westen‘ als moralisch-politische Gegenfolie und verdichten so symbolisch Zugehörigkeit, Opfergefühle und die Bereitschaft zur Tat.

2.3 Dschihadistischer und legalistischer Islamismus

Vor der Differenzierung nach Gewalt- und Legalitätsbezug kann zur vergleichenden Erfassung von Einbettungen und Ressourcenflüssen eine Grundtypologie, eine heuristische Basistypik, für islamistische Organisationen herangezogen werden. Dabei lassen sich drei Typen organisationaler Einbettung unterscheiden:





1. Transnationale Netzwerke: Sie werden durch Bewegungsunternehmer:innen, also Akteur:innen, die strategisch Ressourcen, Aufmerksamkeit und Personal für die Bewegung mobilisieren, sowie durch ‚Ökonomien der Prediger:innen‘ und flexible Geldkreisläufe stabilisiert. Sie bilden das fluide, grenzüberschreitende Fundament der Ideologieverbreitung.
2. Kleine, lose Gruppen: Zellen, lose Szenen, digitale Communitys und Einzelgänger:innen, die sich mit einer virtuellen Gemeinschaft verbunden fühlen, treten als ‚Mikro-Öffentlichkeiten‘ hervor. Hier entstehen schwach institutionalisierte, aber reaktionsschnelle Gemeinschaften, die in Gewalttaten münden können.²⁵
3. Legale Verbandsstrukturen: Legalistische Verbände und NGO-Netzwerke sind in den Feldern Wohlfahrt, Bildung und Medien aktiv. Sie kombinieren formale Legalität, zivilgesellschaftliche Einbettung und die langfristige Verbreitung ihrer Normen.

Auf dieser Basistypik aufbauend erfolgt die Differenzierung der Phänomenbereiche dschihadistischer und legalistischer Islamismus.

Unter dschihadistischem Islamismus (salafistische Netzwerke, IS/Al-Qaida) wird eine Ideologiekonfiguration verstanden, die die gewaltsame Durchsetzung einer als ‚gött-

²⁵ Vgl. hierzu Kiefer, Michael/Hüttermann, Jörg/Dziri, Bacem/Ceylan, Rauf/Srowig, Fabian/Roth, Viktoria /Zick, Andreas: Lasset uns insha'a Allah ein Plan machen. Fallgestützte Analyse der Radikalisierung einer WhatsApp-Gruppe, Wiesbaden 2017.





lich' legitimierten Ordnung in den Mittelpunkt stellt. Die Exklusion von Muslim:innen als Ungläubige (Takfīristische Exklusionen) erweitert den Kreis vermeintlich legitimer Gewaltziele. Apokalyptische oder revolutionäre Eschatologien (endzeitliche Vorstellungen) strukturieren das Verständnis von Zeit und Heil.

Organisatorisch dominieren hier transnationale ‚Marken‘ (IS/Al-Qaida), deren lokale Franchise-/Provinzstrukturen, halbautonome Zellen und Einzelakteur:innen operativ wirken. Die Rekrutierung vollzieht sich über Konfliktmigration, Status- und Sinnsuche, Gruppendynamiken (Peer-Dynamiken), Gefängnis Kontexte und digitale Räume. Finanzierungen speisen sich aus Kriminal- und Kriegsökonomien sowie offenen und verdeckten Spendenkreisläufen. Operativ wird zwischen hoch- und niedrigkomplexen Anschlagsformen unterschieden. Symbolische Ziele und mediale Resonanzen (*propaganda of the deed*) werden strategisch gesucht.

Deradikalisierungs- und Exit-Pfade können hier an kognitiven Öffnungen, Distanzierungsarbeit und sozialer Reintegration ansetzen. Dabei sind Opfer- und Täter narrative einzubeziehen, um Rückfallrisiken zu reduzieren.

Zum legalistischen Islamismus (unter anderem Muslimbruderschaft, Hizb ut-Tahrir) rechnet man Formationen, die die schrittweise Implementierung religiös kodierter Ordnungsvorstellungen über legale oder halblegale Mittel anstreben und primär auf eine kulturelle Vormachtstellung (Hegemonie) zielen. Eingesetzt werden Bildungs-, Wohlfahrts-, Medien- und Vereinsarbeit. Die zivilgesellschaftliche Verankerung (*civic embeddedness*) sichert die Anschlussfähigkeit und ermöglicht die langfristige Verbreitung der Normen.

Organisationssoziologisch treten hier Dachverbände, Thinktanks, ‚Frontorganisationen‘ und Influencer-Figuren hervor. Die Nähe zu demokratischen Verfahren bleibt am-





bivalent und situativ. Kommunikationsstrategisch wird mit Mehrsprachigkeit und Codeswitching gearbeitet: intern doktrinär, nach außen rechtsstaatlich-liberal. Thematische Anker bilden Familie, Moralpolitik und Diskriminierung. Intransparenzen bei Strukturen, Finanzflüssen und Loyalitäten stellen regulatorische Herausforderungen dar. Zugleich ist eine präzise Abgrenzung zu legitimer zivilgesellschaftlicher Religionspraxis erforderlich.

Zwischen legalistischen und dschihadistischen Resonanzräumen verlaufen fließende Übergänge (fluide Pfade). Der aktivistische Salafismus fungiert als Zwischenformation, in der Mobilisierung und Moralisierung verdichtet werden, ohne notwendigerweise zur Gewaltbefürwortung überzugehen. Übergänge werden durch Konversions- und Radikalisierungsschwellen markiert, deren Überschreitung ereignis- und milieuhabhängig erfolgt (Konflikttrigger, Repression/Frustration, Peer-Effekte).

Für die trennscharfe Diagnose sind vier Prüffelder leitend:

1. Zielstruktur: Systemtransformation (islamistische Ordnung) vs. Anerkennung werteppluraler Ordnung (demokratisch).
2. Mittelwahl: Gewaltbefürwortung und Delegitimierung demokratischer Institutionen.
3. Organisations- und Finanztransparenz: Nachvollziehbarkeit von Strukturen, Ressourcenflüssen und Verantwortlichkeiten.
4. Diskursive Signaturen: Doppeldiskurse, Verschwörungsglauben (Konspirationismus) sowie rigide Geschlechter- und Minderheitenordnungen.





2.4 Islamist:innen gehen online: Freund-Feind-Kodierungen und die ‚virtuelle Umma‘

Im Zentrum der aktuellen Dynamiken im islamistischen Milieu zeigt sich keine Fortführung rein klassischer Organisationsformen. Stattdessen beobachten wir eine durch Digitalisierung tiefgreifend veränderte Art und Weise, wie islamistische Zugehörigkeitsnarrative, Gemeinschaften und (militante) Handlungsstrategien produziert, verbreitet und wirksam werden. Die ‚virtuelle Umma‘ ist dabei eine digital vermittelte, transnationale Gemeinschaft. Diese Gemeinschaft erschafft ihre Zugehörigkeit – immer in Abgrenzung zu den *Kuffar* (Nicht-Muslim:innen) – aktiv über Online-Beteiligung, wiedererkennbare Codes und ritualisierte Muster der Interaktion. Sichtbar ist eine Verschiebung von hierarchisch geführten, territorial verankerten Strukturen hin zu flexiblen, virtuell vermittelten Öffentlichkeiten. Die Möglichkeiten sozialer Medien, wie die sofortige Verfügbarkeit, enorme Reichweite und Emotionalität, erhöhen die Attraktivität islamistischer Angebote und stellen die Präventionsarbeit vor sehr große Herausforderungen. In diesem digitalisierten Umfeld verändern neue Regeln und Anordnungen (Dispositive) die Art, wie Validierung und Anleitung stattfinden. Algorithmisch bevorzugte Kurzformate wie Video-clips, Memes oder Livestreams erzeugen eine fortlaufende Konfrontation (serielle Exposition) mit den Inhalten und senken die Eintrittsschwellen, besonders bei Jugendlichen.²⁶ Aus dem Kinderzimmer heraus entsteht so ein anonymisiertes Portal in die virtuelle Sphäre des Islamismus.

²⁶ Vgl. El-Wereny, Mahmud: Radikalisierung im Cyberspace. Die virtuelle Welt des Salafismus im deutschsprachigen Raum – ein Weg zur islamistischen Radikalisierung?, Bielefeld 2020.





Im Kontext terroristischer und gewaltorientierter Kommunikation wird zudem Künstliche Intelligenz (KI) entlang der propagandistischen Produktionskette eingesetzt. Dies senkt die Herstellungskosten und erhöht zugleich die Echtheitswirkung der Inhalte. Techniken wie Deepfakes, synthetisch erstellte Profile und automatisierte Meme-Ketten verkürzen den Weg vom eigentlichen Ereignis bis zur massenhaften Verbreitung drastisch. Dadurch entsteht ein sich selbst optimierendes Propagandasystem.²⁷ Vor diesem Hintergrund muss die breitere Debatte über die „Versicherheitlichung“ von KI mitgedacht werden: KI-Systeme und Algorithmen fungieren als professionelle Werkzeuge der Radikalisierung.²⁸

Diese islamistischen Online-Bezüge treten zunehmend parallel zu lokalen Autoritäten in Erscheinung. Religiös-politische Botschaften werden in kurze Videos übersetzt und sind dauerhaft abrufbar. Der Zusammenhalt der ‚virtuellen Umma‘, der transnationalen Gemeinschaft, wird durch sichtbare Beteiligung erzeugt. Einfache Freund-Feind-Schemata (binäre Kodierungen) zirkulieren als kurze, hochwirksame Botschaften. Standardisierte Bild- und Tonmuster wie Memes, wiederholte Märtyrermotive, Musik-Loops (Naschīd-Loops) und Symbolpakete normalisieren diese Zeichenwelten und erzeugen Vertrautheit. Die gezielte Abfolge der Inhalte steuert Emotionen: Empörung, das Gefühl

²⁷ Vgl. Schaer, Cathrin: How Extremist Groups like „Islamic State“ are Using AI, DW (Deutsche Welle), 07.10.2024. www.dw.com/en/how-extremist-groups-like-islamic-state-are-using-ai/a-69609398 (Zugriff am 10.10.2025).

²⁸ Vgl. Burton, Joe: Algorithmic Extremism? The Securitization of Artificial Intelligence (AI) and its Impact on Radicalism, Polarization and Political Violence, in: *Technology in Society*, 75, 2023, 102262.





der Zugehörigkeit und direkte Handlungsimpulse folgen dicht aufeinander. Daraus entstehen Pfade, die vom passiven Konsum (Scrollen) über zustimmende Interaktionen bis hin zur Nachahmung in halbprivaten und öffentlichen Kanälen führen.

Die Gewaltkommunikation folgt einer Inspirationslogik. Aktivierungen der Akteur:innen erfolgen anlassbezogen, beispielsweise bei Konfliktspitzen wie dem Gaza-Krieg. Übergangssituationen im Leben (wie Adoleszenz, Statusbrüche, Entfremdung) fungieren dabei als Resonanzräume für diese Botschaften. Es lassen sich dabei unterschiedliche digitale Typen erkennen: Der ‚digitale Purismus‘ konzentriert sich auf religiöse Korrektheit (Orthopraxie) und patriarchalische Geschlechterordnungen, vermeidet aber Politik oder offene Gewalt und dient dennoch als wichtiges Rekrutierungsreservoir. Die dschihadistischen Szenen hingegen bieten einfache Anleitungen (Low-Tech-Leitfäden), ikonische Vorbilder, scharfe Dichotomien und zeigen Kampfvideos.²⁹

Aus diesen Mechanismen ergeben sich typische Verlaufsformen: Die Selbstradikalisierung verläuft beschleunigt. Der Einstieg erfolgt oft über benachbarte Themen wie inszenierte Empörung oder die Betonung einer bestimmten Form von Männlichkeit. Die Bindung an die Szene wird in geschlossenen Räumen durch Playlists oder emotional aufgeladene Spendenroutinen gefestigt. Entscheidender als eine formelle Mitgliedschaft ist für die Akteur:innen der Zugriff auf die notwendigen Werkzeuge (wie Tutorials,

²⁹ Vgl. Sold, Manjana: Reflect your past – Online-Radikalisierung, Bundeszentrale für politische Bildung, 11.08.2020. www.bpb.de/lernen/bewegt-bild-und-politische-bildung/reflect-your-past/313941/online-radikalisierung-und-online-propagandierung (Zugriff am 10.10.2025).





Anonymisierung). Klassische, sicherheitspolitische Eingriffe gegen Vereine wie aktuell gegen *Muslim Interaktiv*, Führungspersonen oder Gebäude haben hier eine schwächere Wirkung, da die operativen Kapazitäten in verteilte, anpassungsfähige Kleinststrukturen ausweichen. Die Online-Radikalisierung verläuft dabei überwiegend hybrid: Digitale Inhalte wie Memes, Kurzvideos, Streams und Gaming-Umgebungen greifen aktuelle Konflikte und Feindbilder auf, verdichten Emotionen und senken die Einstiegsschwellen. Plattformübergreifende Strategien, das Anknüpfen an aktuelle Trends und eine ästhetisierte Selbstdarstellung erhöhen die Reichweite. Zugleich prägen Desinformation und die algorithmische Sichtbarkeit die Verbreitung der Inhalte. Angesichts der zunehmenden Durchdringung aller Plattformen, sinkender Produktionskosten sowie der teilweisen Umgehung von Moderationsregeln ist mit einer relativen Zunahme von Radikalisierungsverläufen zu rechnen, die online dominiert werden.³⁰

In der Präventionsarbeit gilt es daher, Technologie, Vorschriften und zivilgesellschaftliches Engagement zu verzahnen. Die Plattformen sollten ‚Bremsen‘ einbauen: Hierzu zählt insbesondere eine wirksame Altersbegrenzung (ab 16 Jahren) für den Zugang zu stark frequentierten Plattformen (TikTok usw.). Ferner sollten problematische Inhalte weniger sichtbar gemacht und mit kontextbezogenen Hinweisen versehen werden, zudem kann das einfache Weiterleiten durch den Einbau kleiner Hürden gebremst werden. Solche Maßnahmen müssen offen erklärt, unabhängig überprüft und mit fairen Beschwerdewegen begleitet werden. Dabei muss der Schutz von Daten und Grundrechten gewahrt bleiben – durch klare und einfache Regeln für den Datenschutz,

³⁰ Vgl. Schaer: How Extremist Groups like „Islamic State“ are Using AI.





geringe Eingriffe und eine gute Dokumentation.³¹ Als positives Gegenangebot sollten gut gemachte, gemäßigt-islamische Inhalte im gleichen kurzen Format produziert und verbreitet werden. Regeln zur transparenten Empfehlung von Inhalten, zum Vorgehen gegen koordinierte Täuschung und gegen gespiegelte Propaganda-Strukturen werden zukünftig immer wichtiger. Solche Maßnahmen können jedoch nur wirken, wenn sie mit der Vor-Ort-Prävention in der Jugendarbeit, in Schulen, Moscheegemeinden und Vereinen verbunden werden – als Brücke zwischen der Online-Praxis und den Bindungen vor Ort.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Digitalisierung verstärkt den Islamismus nicht nur, sie formatiert ihn in Wissen, Gemeinschaft und Operationen neu. Physische Autorität weicht der virtuellen Autorität, die Gemeinschaft wird zur situativen Online-Gruppe, die praktische Anleitung zu Kurz-Tutorials. Gewalt erscheint als dezentral inspirierte Möglichkeit innerhalb einer verteilten Kette von Hilfsmitteln. Daraus erklärt sich die Widerstandsfähigkeit des Islamismus gegenüber den klassischen Ansätzen von Repression und Prävention.

³¹ Vgl. Council of Europe, Committee on Counter-Terrorism (CDCT): Report on the Emerging Patterns of Misuse of Technology by Terrorist Actors, Strasbourg 2024.





FOTO: PICTURE ALLIANCE / SZ PHOTO | ALESSANDRA SCHELLNEGGER





3.

Prävention gegen Islamismus in der Schule

Das vorangegangene Kapitel hat gezeigt, dass der Islamismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen eine Bedrohung und Herausforderung für pluralistische und demokratische Gesellschaften darstellt. Wenn wir uns fragen, wie wir diesen Herausforderungen in den gesellschaftlichen Handlungsfeldern begegnen können, gerät schnell die Schule in den Fokus der Betrachtungen. Die Gründe hierfür sind zahlreich. Zunächst kann konstatiert werden, dass Schule der mit Abstand wichtigste Präventionsort ist. Denn nur die Schule erreicht nahezu alle jungen Menschen zwischen dem 6. und 18. Lebensjahr unabhängig von sozialer Lage, Herkunft oder familiärer Situation. Schule ermöglicht ferner einen kontinuierlichen und regelmäßigen Kontakt zwischen pädagogischen Fachkräften und Schüler:innen. Da die Fachkräfte täglich Kontakt zu den Schüler:innen haben, können sie Verhaltensänderungen sowie mögliche Probleme und Risiken frühzeitig erkennen. Wichtig sind in diesem Kontext auch die aus dem regelmäßigen Kontakt entstandenen vertrauensvollen Beziehungen. Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter:innen sind für Schüler:innen häufig wichtige Bezugspersonen. Aufgrund dieser Vertrauensbasis sind frühe Hilfen in Krisensituationen möglich. Darüber





hinaus ist die Schule in ein Netzwerk verschiedener Institutionen und zivilgesellschaftlicher Organisationen eingebunden, die Maßnahmen der Prävention unterstützen können. Erwähnt werden sollte in diesem Kontext auch, dass die moderne Schule über einen ganzheitlichen Bildungsauftrag verfügt. Dies bedeutet, dass Prävention, wie zum Beispiel Gewalt-, Sucht-, Gesundheits-, Medien- und Radikalisierungsprävention, sich gut in den Bildungs- und Erziehungsauftrag integrieren lässt. Schließlich kann angeführt werden, dass Schule ein wichtiges Übungsfeld für soziale und emotionale Entwicklungen ist. Schüler:innen lernen hier im Idealfall Konfliktlösung, Empathie, Verantwortung und Selbstwirksamkeit. Dies sind zentrale Schutzfaktoren gegen problematisches und dissoziales Verhalten.

3.1 Prämissen einer guten Präventionsarbeit

Die Prävention gegen Radikalisierung in schulischen Kontexten stellt ein voraussetzungsreiches und kompliziertes Unterfangen dar. Hier sollen die wichtigsten Prämissen dargelegt werden, die auf das Phänomenfeld Islamismus zugeschnitten sind.³²

Prävention gegen was? – Gemeinsamer Präventionsbegriff

Ein grundlegendes Element erfolgreicher schulischer Präventionsarbeit ist ein gemeinsamer Präventionsbegriff. Alle schulischen Akteur:innen – Lehrkräfte, Schulleitung, Schulsozialarbeit, Eltern – müssen sich darauf verständigen, was Prävention für ihre Schule bedeutet. Im Hinblick auf die ver-

³² Vgl. Kiefer: Wie mit gefährdeten Jugendlichen umgehen? Prämissen und Praxis einer sekundären Prävention in schulischen Kontexten.





schiedenen Formen des Islamismus muss geklärt werden, gegen welche Phänomene sich schulische Prävention richtet und ab wann Formen der Religionsausübung als problematisch betrachtet werden können. Hier geht es vor allem um die Unterscheidungslinie Islam – Islamismus, also eine differenzierte Abgrenzung zwischen dem Islam als Religion, die im Rahmen von Religionsfreiheit legitim und zu respektieren ist, und dem Islamismus als politischer Ideologie, die Religion instrumentalisiert, um gesellschaftliche Ordnungen, Werte und Menschenrechte infrage zu stellen oder zu bekämpfen. Schulische Prävention richtet sich also nicht gegen den Islam oder dessen religiöse Praxis, sondern gegen ideologische Radikalisierungsprozesse, die auf Intoleranz, die Abwertung anderer, Gewaltlegitimierung oder die Ablehnung demokratischer Grundprinzipien abzielen.

Eine zentrale Herausforderung besteht darin, zu erkennen, ab wann Formen der Religionsausübung als problematisch oder präventionsrelevant gelten können. Religiöse Orientierung, konservative Glaubenspraxis oder traditionelle Werthaltungen sind nicht automatisch ein Anzeichen von Radikalisierung. Problematisch wird es erst, wenn:

- religiöse Überzeugungen z. B. mit Überwältigung, Abwertung oder Ausgrenzung anderer Gruppen einhergehen, demokratische Prinzipien (Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit, Pluralismus) abgelehnt oder relativiert werden,
- Gewalt oder Zwang als legitime Mittel zur Durchsetzung religiöser oder politischer Ziele dargestellt werden, oder
- Schüler:innen beginnen, sich von der Schule, der Gesellschaft oder ihrem bisherigen sozialen Umfeld stark abzugrenzen.





Gemeinsame Präventionsziele

Ausgehend vom gemeinsamen Präventionsbegriff müssen angemessene Zielsetzungen für die Trias der Radikalisierungsprävention in schulischen Kontexten formuliert werden. Im Bereich der primären Prävention, die alle Schüler:innen adressiert, gilt es Radikalisierung vorzubeugen, indem Schüler:innen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung gestärkt werden. Schulische Prävention mit dem Fokus auf Islamismus unterstützt Schüler:innen darin:

- religiöse und kulturelle Vielfalt zu respektieren,
- kritisches Denken und Urteilsfähigkeit gegenüber extremistischen Ideologien zu entwickeln,
- Empathie, Verantwortung und Solidarität in einer heterogenen Gesellschaft zu fördern,
- Demokratiekompetenz aufzubauen und zu lernen, unterschiedliche Meinungen auszuhalten und Konflikte gewaltfrei zu lösen, sowie
- Abwertungs- und Feindbildern entgegenzutreten.

In den Bereichen der sekundären und tertiären Prävention, die sich an Schüler:innen richten, die bereits Anzeichen einer beginnenden oder fortgeschrittenen Radikalisierung zeigen, liegt der Schwerpunkt auf der Unterbrechung von Radikalisierungsprozessen und der Wiederherstellung pädagogischer Anschlussfähigkeit. Während die primäre Prävention auf alle Lernenden abzielt, erfordert die Arbeit in diesen Bereichen ein gezieltes, sensibles und abgestimmtes Vorgehen.

Dieses Handlungsfeld erweist sich in der Praxis oft als besonders schwierig, da hier komplexe Konfliktlagen und emotionale Spannungen bearbeitet werden müssen.





Schüler:innen, die bereits radikale Einstellungen oder Verhaltensweisen zeigen, äußern diese unter anderem durch:

- Provokationen im Unterricht,
- Herabwürdigung von Mitschüler:innen oder Lehrkräften,
- Verweigerung von schulischen Regeln und Werten, oder
- Versuche, Mitschüler:innen ideologisch zu beeinflussen oder zu überwältigen (zum Beispiel, indem sie Mitschüler:innen zur Einhaltung der Fastenregeln im Ramadan drängen).

Solche Situationen stellen pädagogische Fachkräfte vor erhebliche Herausforderungen. Sie müssen pädagogisch handlungsfähig bleiben, ohne Grenzüberschreitungen oder Integritätsverletzungen zu tolerieren. In dieser Phase treten häufig Zielkonflikte auf, die sorgfältig abgewogen werden müssen: Einerseits verfolgt die Schule den pädagogischen Auftrag, auch Schüler:innen mit problematischem Verhalten pädagogisch zu begleiten, zu stabilisieren und – wenn möglich – zu einem erfolgreichen Schulabschluss zu führen. Andererseits besteht der Schutzauftrag gegenüber der gesamten Schulgemeinschaft: Lehrkräfte und Mitschüler:innen müssen vor diskriminierendem, einschüchterndem oder gewaltorientiertem Verhalten geschützt werden.

Dieses Spannungsfeld verlangt von den schulischen Akteur:innen eine reflektierte, abgestimmte Vorgehensweise und klare Strukturen, um einerseits Beziehungen aufrechtzuerhalten, andererseits aber auch Grenzen konsequent zu ziehen.





Zielgruppen: Markierungen vermeiden

Radikalisierungsprävention in der Schule läuft grundsätzlich Gefahr, bestimmte Zielgruppen unbeabsichtigt negativ zu markieren oder zu stigmatisieren. Gerade im Themenfeld der Islamismusprävention besteht das Risiko, dass Präventionsmaßnahmen – etwa durch Sprache, Auswahl der Teilnehmenden oder thematische Fokussierung – den Eindruck erwecken, sie richteten sich vor allem an muslimische Schüler:innen oder an bestimmte Herkunftsgruppen. Eine solche Religionisierung von Problemlagen kann jedoch das Gegenteil dessen bewirken, was Prävention beabsichtigt: Sie kann Misstrauen, Abwehrhaltungen und Ausgrenzungserfahrungen verstärken und damit Radikalisierungsprozesse eher fördern (Co-Radikalisierung) als verhindern.³³

Beteiligung aller relevanten Akteur:innen

Eine wirksame schulische Islamismusprävention gelingt nur, wenn alle relevanten Akteur:innen ein gemeinsames Verständnis von Prävention sowie gemeinsame Ziele teilen und eng zusammenarbeiten. Da Radikalisierungsprozesse vielschichtig und dynamisch verlaufen, müssen Lehrkräfte, Schulsozialarbeit, Schulleitung, Eltern, Schüler:innen und gegebenenfalls externe Fachstellen gemeinsam und kontinuierlich Verantwortung übernehmen. Voraussetzung

³³ Vgl. Kiefer, Michael/Mücke, Marvin: Radikalisierung und Co-Radikalisierung in islamistischen Kontexten, in: Pickel, Susanne/Pickel, Gerd/Decker, Oliver/Fritsche, Immo/Kiefer, Michael/Lütze, Frank M./Spielhaus, Riem/Uslucan, Haci-Halil (Hrsg.): Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung, Wiesbaden 2023, S. 75-102.





dafür ist ein geklärtes und akzeptiertes Rollenverständnis aller Beteiligten. Jede Berufsgruppe bringt dabei eigene Kompetenzen und Perspektiven ein, die im Rahmen einer koordinierten Zusammenarbeit genutzt werden müssen, um wirksam und nachhaltig präventiv handeln zu können.

Teamstruktur mit funktionierender Steuerung

Insbesondere in schulischen Formaten der sekundären und tertiären Prävention ist eine klare Teamstruktur mit funktionierender Steuerung unverzichtbar. Ein fest etabliertes Präventionsteam (Clearingteam), das die unterschiedlichen schulischen Maßnahmen zusammenführt, bildet die Grundvoraussetzung für wirksames Handeln. Eine funktionierende Teamarbeit zeichnet sich durch ein konsequentes Mehraugenprinzip, gründliche Informationssammlung und Analyse, personale Kontinuität sowie eine klare Fallführung aus. Dadurch wird gewährleistet, dass Entscheidungen transparent, reflektiert und abgestimmt getroffen werden.

Melde-, Kommunikations- und Handlungsrouinen

Klare Routinen sind eine wesentliche Voraussetzung für eine funktionierende schulische Islamismusprävention. Fragen wie „Welche Vorfälle müssen gemeldet werden?“, „An wen richte ich die Meldung?“ oder „Wer ist für die weitere Bearbeitung zuständig?“ müssen eindeutig geklärt sein. Ein verbindliches Präventions- und Handlungskonzept sollte diese Abläufe transparent festlegen und allen schulischen Akteur:innen bekannt sein. Nur wenn Zuständigkeiten, Informationswege und Entscheidungsstrukturen klar geregelt sind, kann in kritischen Situationen schnell, abgestimmt und verantwortungsvoll reagiert werden. So entsteht Orien-





tierung und Sicherheit im Handeln – sowohl für Lehrkräfte und Schulsozialarbeit als auch für die Schulleitung und externe Partner:innen.

Ausreichende Qualifikation der Akteur:innen und
ausreichendes Methodenportfolio

Eine wirksame schulische Islamismusprävention setzt voraus, dass alle beteiligten Akteur:innen über eine ausreichende fachliche und pädagogische Qualifikation verfügen. Lehrkräfte, Schulsozialarbeit und Schulleitung müssen in der Lage sein, Anzeichen von Radikalisierung sensibel wahrzunehmen, angemessen zu reagieren und professionell zu handeln. Dazu gehören Kenntnisse über Radikalisierungsprozesse und die darin wirksamen Faktoren, über religiös begründete Ideologien und über Kommunikation in Konfliktsituationen. Regelmäßige Fort- und Weiterbildungen sind notwendig, um Sicherheit im Umgang mit herausfordernden Situationen zu gewinnen und professionell abgestimmt handeln zu können.

Ebenso wichtig ist ein ausreichendes Methodenportfolio, das es ermöglicht, Präventionsarbeit altersgerecht, handlungsorientiert und partizipativ zu gestalten. Dazu gehören in der primären Prävention unter anderem Unterrichtseinheiten, Projektstage sowie Workshops zu Themen wie Demokratiebildung, Werteorientierung, Diskriminierung, Medienkritik und Zivilcourage. Ein vielfältiges Methodenrepertoire hilft, demokratische Werte im Schulalltag erfahrbar zu machen und resilienzfördernde Kompetenzen zu vermitteln.

In den Bereichen der sekundären und tertiären Prävention, also bei bereits auffälligen oder radikalisierten Schüler:innen, sind zusätzlich gezielte Interventionsformate





erforderlich. Hierzu zählen Einzelfallarbeit, intensive Beratungsgespräche, Kooperationen mit spezialisierten Beratungsstellen sowie begleitete Familienarbeit. Grundsätzlich zielen Interventionen darauf ab, Radikalisierungsprozesse zu unterbrechen, schulische Beziehungen zu stabilisieren und den Verbleib der Schüler:innen in der Schule zu gewährleisten.

Implementierte Handlungsstrategie

Wenn alle genannten Prämissen erfüllt sind, münden sie idealerweise in ein umfassendes schulisches Präventionskonzept, das alle relevanten Akteur:innen, Ziele und Handlungsrouinen zusammenführt. Entscheidend ist jedoch nicht allein die Erstellung eines solchen Konzepts, sondern dessen nachhaltige Implementierung im schulischen Alltag. Dafür braucht es klare Strukturen, Verantwortlichkeiten und regelmäßige Reflexionsprozesse, damit Prävention nicht von einzelnen engagierten Personen abhängt. Maßnahmen wie jährliche Evaluationen, Fortbildungen, die Einbindung ins Schulprogramm sowie die öffentliche Kommunikation innerhalb des Kollegiums und gegenüber Eltern und Schüler:innen tragen dazu bei, die Präsenz und Aktualität des Präventionskonzepts zu sichern. Prävention kann nur wirksam sein, wenn sie dauerhaft präsent, sichtbar und verbindlich in der Schulöffentlichkeit verankert ist.

Langfristig kann so eine präventive Schulkultur entstehen, in der demokratische Werte, Dialogbereitschaft sowie ein respektvolles und achtsames Miteinander als selbstverständliche Bestandteile des schulischen Lebens verankert sind.





3.2. Die Praxis der Radikalisierungsprävention in der Schule

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass Extremismusprävention – insbesondere die Prävention gegen Islamismus – ein komplexes Handlungsfeld darstellt. Dabei ist zu beachten, dass präventive Praxis, wenn sie nicht ausreichend reflektiert wird, in der sekundären und tertiären Prävention unerwünschte Nebenwirkungen haben kann. Ein zentrales Problem liegt in der Vorgriffslogik präventiven Handelns: Präventionsakteur:innen sehen das Negative, bevor es eingetreten ist, und richten ihr Handeln entsprechend darauf aus. Diese Denkweise kann gerade im schulischen Kontext zu Fehlinterpretationen, vorschnellen Zuschreibungen oder Überreaktionen führen. Welche Konsequenzen dies in der Praxis haben kann, soll anhand eines konstruierten Beispiels verdeutlicht werden.³⁴

Peter und Samir besuchen seit fünf Jahren dieselbe Gesamtschule. In den ersten Schuljahren galten beide als leistungsstark, freundlich und gut integriert. Seit etwa einem Jahr hat sich ihr Verhalten jedoch deutlich verändert. Beide sind erst seit kurzer Zeit Muslime, zeigen sich nun aufbrausend, äußern provozierende oder problematische Sichtweisen und versuchen, Mitschüler:innen für ihre Positionen zu gewinnen. Für dieses Verhalten gibt es unterschiedliche Deutungsmöglichkeiten. Der Schulsozialarbeiter betrachtet die Entwicklung als typisches Phänomen der Adoleszenz, während eine Lehrkraft darin Anzeichen einer beginnenden Radikalisierung erkennt.

³⁴ Das Beispiel wurde in modifizierter Form folgender Quelle entnommen: Kiefer, Michael: Radikalisierungsprävention in Deutschland – Ein Problemaufriss, S. 34-36.





Beide Lesarten sind plausibel – ihre Konsequenzen unterscheiden sich jedoch grundlegend.

Aus Sicht des Schulsozialarbeiters gehört der Umgang mit ‚schwierigen‘ Jugendlichen zum schulischen Alltag. Aufsässigkeit, Provokation und Phasen der Abgrenzung sind für ihn normale Ausdrucksformen jugendlicher Entwicklung. Er verweist auf entwicklungspsychologische Ansätze, etwa auf Erik H. Eriksons Modell der psychosozialen Entwicklung, dem zufolge die Bildung einer stabilen Ich-Identität im Jugendalter ein herausfordernder und konflikthafter Prozess sein kann.³⁵ Diese Entwicklungsphase ist häufig begleitet von Destabilisierung, Orientierungssuche, Protest und Provokation, aber auch von Neugier und Hoffnung. Vor diesem Hintergrund deutet der Schulsozialarbeiter das Verhalten von Peter und Samir als Ausdruck einer vorübergehenden Entwicklungsphase. Eine Dramatisierung erscheint ihm pädagogisch unangemessen. Stattdessen plädiert er für Gelassenheit und pädagogische Begleitung.

Die Lehrkraft hingegen interpretiert das Verhalten der beiden Schüler als Hinweis auf eine beginnende Radikalisierung. Sie geht davon aus, dass sich Peter und Samir in einem Prozess befinden, der sich verfestigen und in Delinquenz oder Gewalt münden könnte, wenn nicht gegengesteuert wird. Aus ihrer Sicht sind daher frühe Interventionen dringend erforderlich, um einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken. Sie beruft sich auf die Überzeugung, dass viele schwerwiegende Fälle hätten verhindert werden können, wenn rechtzeitig reagiert worden wäre. Aus dieser Perspektive erscheinen pädagogische Gelassenheit oder Abwarten als fahrlässig.

³⁵ Vgl. Erikson, Erik H.: Kindheit und Gesellschaft, Stuttgart 1999.





Fallbearbeitung Samir und Peter Gegenüberstellung der Einschätzungen und der daraus resultierenden Handlungsansätze	
Entwicklungsbedingte Phänomene Sozialarbeiterische Perspektive	Radikalisierung Präventive Perspektive
Einschätzung der Phänomene: <ul style="list-style-type: none">• Pubertäres Verhalten• Keine Kohärenz (Widersprüchlich)• Nicht von Dauer	Einschätzung der Phänomene: <ul style="list-style-type: none">• Beginnende Radikalisierung• Drohendes Entgleiten• Final Delinquenz und Gewalt
Maßnahmen: <ul style="list-style-type: none">• Kontakt herstellen• Bindung aufbauen und dauerhaft halten• Fokussierte Aufmerksamkeit• Präsenz herstellen• Interesse zeigen	Maßnahmen: <ul style="list-style-type: none">• Eltern über Probleme informieren• Beratungsstelle hinzuziehen• Vorbereitung von Sanktionen• Flankierende Maßnahmen im Unterricht, z. B. Sensibilisierung für das Thema Islamismus
Effekte der Maßnahmen: <ul style="list-style-type: none">• Schüler*innen fühlen sich positiv gesehen• Empfinden Respekt und Wertschätzung• Lenken in Konfliktsituationen ein• Verbesserte Kommunikation• Normalisierung	Effekte der Maßnahmen: <ul style="list-style-type: none">• Schüler*innen erleben Maßnahmen als unzutreffende Bezeichnung• Gehen in den Widerstand• Verweigern Kommunikation• Beziehungsabbrüche mit beteiligten Lehrkräften

Quelle: Kiefer, Radikalisierungsprävention in Deutschland – Ein Problemaufriss, S. 34-36.

Das Beispiel ist konstruiert und in seinen Perspektiven bewusst zugespitzt. Es verdeutlicht jedoch das Spannungsfeld schulischer Präventionspraxis: Prävention und pädagogische Arbeit überschneiden sich häufig, verfolgen aber unterschiedliche Logiken. Sozialpädagogisches Handeln orientiert sich in der Regel an Beziehungsarbeit, Unterstützung





und Entwicklungsförderung, während präventives Handeln stärker von Risikowahrnehmung und Interventionsdruck geprägt ist. Beide Ansätze können sich sinnvoll ergänzen, aber auch in Konflikt geraten.

Die Gegenüberstellung zeigt, dass präventives Handeln selbst problematisch werden kann, wenn es durch Generalverdacht, Überinterpretation oder fehlender Reflexion geprägt ist. Eine erfolgreiche schulische Islamismusprävention erfordert daher Sensibilität, Abwägung und interdisziplinäre Zusammenarbeit – insbesondere um zu vermeiden, dass Prävention unbeabsichtigt Stigmatisierung oder Ausgrenzung erzeugt.

Das Beispiel verdeutlicht zudem, dass Einstellungs- und Verhaltensänderungen nicht durch beraterische oder pädagogische Interventionen erzwungen werden können. Wenn junge Menschen bereits den Weg der Radikalisierung eingeschlagen haben, erscheint ihnen dieser aus ihrer subjektiven Sicht als sinnvoller und richtiger Lebensentwurf. Sie erfahren innerhalb ihrer neuen Bezugsgruppe Anerkennung, Zugehörigkeit und Bedeutung – Bedürfnisse, die zuvor möglicherweise unbefriedigt geblieben sind. In dieser Logik ergibt es für sie keinen erkennbaren Grund, an ihrem Verhalten etwas zu ändern. Veränderung erfolgt dann, wenn Betroffene selbst zu der Überzeugung gelangen, dass ein anderer Weg für sie vorteilhafter ist.

In der Sozialen Arbeit hat sich seit den 1970er Jahren deshalb zunehmend die Ressourcenorientierung als handlungsleitendes Prinzip etabliert. Sie stellt nicht das Defizit oder das problematische Verhalten in den Mittelpunkt, sondern die individuellen Stärken, Fähigkeiten und Lebensumstände des Menschen. Professionelles Handeln orientiert sich demnach nicht primär an der Einschätzung der Fachkraft über den ‚Fall‘, sondern an der subjektiven Lebenswelt und Motivation der Klient:innen.





Übertragen auf die schulische Islamismusprävention bedeutet dies, dass pädagogische Interventionen im Kontext der sekundären und tertiären Prävention vor allem darauf zielen müssen, Beziehung, Vertrauen und Selbstwirksamkeit zu stärken. Wenn Jugendliche erfahren, dass sie in ihrer Person gesehen und anerkannt werden, können sie bereit sein, ihre Haltung oder ihr Verhalten zu hinterfragen. Das anschließend vorgestellte Projekt *CleaR – Clearingverfahren gegen Radikalisierung* zeigt, dass solche Prozesse durchaus erfolgreich initiiert und durchgeführt werden können.



FOTO: PIXABAY, ART TEACHER





4. Praxis der Radikalisierungs- prävention in der Schule am Beispiel Clear – Clearingverfahren gegen Radikalisierung

Seit 2016 bis heute wird das Präventionskonzept *Clear – Clearingverfahren gegen Radikalisierung*³⁶ in bislang drei Förderphasen bundesweit umgesetzt. Die folgenden Ausführungen beziehen sich insbesondere auf die ersten vier Jahre der Entwicklungs- und Erprobungsphase, die an sechs Schulen in NRW und in Berlin durchgeführt wurde. Das Projekt, das von der Aktion Gemeinwesen und Beratung e. V. in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung durchgeführt wurde, reagierte auf ein zentrales

³⁶ Alle hier verwendeten Informationen wurden der Handreichung „Clear: Clearingverfahren gegen Radikalisierung“ entnommen, die von der Aktion Gemeinwesen und Beratung e. V. herausgegeben wurde. Die Handreichung kann hier heruntergeladen werden: www.clearing-schule.de/wp-content/uploads/2025/03/clear_handreichung.pdf (Zugriff am 27.10.2025).





Defizit in der schulischen Praxis: Während im Bereich der primären Prävention – etwa in der Demokratiebildung oder Gewaltprävention – bereits zahlreiche Programme und Materialien vorliegen, mangelt es an erprobten Konzepten für die sekundäre und tertiäre Prävention, also für den professionellen Umgang mit Schüler:innen, die bereits erste Anzeichen einer Radikalisierung zeigen. Genau an dieser Stelle setzt CleaR an. Das mehrfach evaluierte Konzept wurde entwickelt, um Schulen zu befähigen, in solchen Fällen strukturiert, abgestimmt und pädagogisch verantwortungsvoll zu handeln. Das Konzept geht von der grundsätzlichen Prämisse aus, dass auch schwierige, verhaltensauffällige Schüler:innen über ein erhebliches Entwicklungspotenzial verfügen, das in einer pädagogischen Intervention aktiviert werden kann. CleaR zielt auf den Verbleib der Kinder oder Jugendlichen in der Schule und auf das Erreichen des angestrebten Bildungsabschlusses. CleaR verfolgt ferner das Ziel, Schulen in ihrer Handlungssicherheit zu stärken, klare Zuständigkeiten und Kommunikationswege zu schaffen und Fehlinterpretationen oder Überreaktionen zu vermeiden. In der Kernidee ist das Clearingverfahren ein hoch strukturiertes, mehrstufiges Vorgehen zur Einschätzung und Bearbeitung möglicher Radikalisierungsfälle. Zentral ist dabei ein feststehendes Clearingteam, das die Fallarbeit koordiniert und die Schnittstelle zwischen Lehrkräften, Schulsozialarbeit, Eltern und externen Partner:innen bildet.

Das Verfahren verläuft in mehreren Schritten, die strikt eingehalten werden müssen:

- I. Vorrecherche:** Welche Informationen liegen vor? Von wem stammen diese Informationen? Sind die Informationen zutreffend?





2. Clearingteam: Was wissen wir? Ist es ein Fall? Wenn ja, für wen und mit wem?

3. Vertiefte Recherche: Was ist genau passiert? Wer war beteiligt?

4. Clearingteam – Maßnahmenplanung: Welche Ziele sollen erreicht werden? Welche Handlungsoptionen bestehen? Welche sind angemessen? Welche Partner:innen müssen einbezogen werden? Welche positiven und negativen Effekte können sich einstellen?

5. Durchführung: Wer setzt die Maßnahmen um? Wer ist beteiligt? Wer koordiniert und steuert alle beteiligten Akteur:innen?

6. Evaluation der Maßnahmen: Wurden die Ziele ganz oder teilweise erreicht? Was hat nicht funktioniert? Müssen wir umsteuern?

7. Abschluss des Falls: Die Ziele wurden erreicht. Der Schüler bzw. die Schülerin verlässt die Schule.

Ein zentrales Element des CleaR-Verfahrens ist die klar strukturierte und koordinierte Teamarbeit. Interventionen im Bereich der sekundären und tertiären Prävention können nicht von Einzelpersonen getragen werden, sondern sind immer eine multiprofessionelle Querschnittsaufgabe. Lehrkräfte, Schulsozialarbeit, Schulleitung und externe Partner:innen arbeiten im Clearingteam eng zusammen und orientieren sich konsequent am Mehraugenprinzip.

Das CleaR-Verfahren schafft klare Kommunikations- und Entscheidungswege, regelt Zuständigkeiten und gewähr-





leistet dadurch institutionelle Verbindlichkeit. Es entlastet pädagogische Fachkräfte, schützt vor Überforderung und stellt sicher, dass kein Fall ‚auf dem kurzen Dienstweg‘ verloren geht oder vorschnell beurteilt wird. Kooperation bedeutet im CleaR-Verfahren nicht Hierarchie, sondern professionelle Abstimmung auf partnerschaftlicher Basis. Auch Eltern und Schüler:innen werden möglichst aktiv in den Prozess einbezogen. Ziel ist ein dialogisch angelegter Ansatz, der pädagogische Nähe ermöglicht, ohne die notwendige institutionelle Distanz aufzugeben.

Eine zentrale Rolle im Verfahren übernehmen die Clearingbeauftragten. Sie fungieren als Koordinationsstelle zwischen den verschiedenen schulischen Akteur:innen und externen Partner:innen und gewährleisten, dass die Fallarbeit strukturiert, kontinuierlich und nachvollziehbar verläuft. Ihre Aufgabe besteht darin, den Überblick über alle laufenden Prozesse zu behalten, Informationen zusammenzuführen und das Clearingteam fachlich und organisatorisch zu begleiten. Die Clearingbeauftragten übernehmen eine Moderations- und Vermittlungsrolle: Sie sorgen dafür, dass Beobachtungen und Einschätzungen aus dem Kollegium gebündelt werden, und unterstützen das Team bei der Entwicklung einer gemeinsamen pädagogischen Strategie. Dabei achten sie auf Transparenz, Vertraulichkeit und die Einhaltung der im Verfahren festgelegten Kommunikationswege.

Ein wesentliches Qualitätsmerkmal des CleaR-Verfahrens ist die kontinuierliche Fallführung. Fälle werden nicht punktuell bearbeitet, sondern über einen längeren Zeitraum begleitet und regelmäßig überprüft. So können Veränderungen im Verhalten von Schüler:innen erkannt, Maßnahmen angepasst und Rückschlüsse für zukünftige Fälle gezogen werden. Diese fortlaufende Reflexion stärkt die





Lernfähigkeit der Institution Schule und sorgt dafür, dass Maßnahmen der sekundären und tertiären Prävention kein einmaliger Eingriff bleiben, sondern zu einem nachhaltigen Prozess werden.

Die pädagogische Grundhaltung des Clear-Verfahrens orientiert sich unter anderem an den Prinzipien der ‚Neuen Autorität‘ nach Haim Omer.³⁷ Dieses Konzept versteht Autorität nicht als Machtausübung, sondern als präsenz, standhafte und zugleich beziehungsorientierte Form pädagogischer Einflussnahme. Lehrkräfte, Schulsozialarbeitende und Eltern werden darin bestärkt, in herausfordernden Situationen sichtbar, ansprechbar und verlässlich zu bleiben – auch dann, wenn Schüler:innen provozieren, Grenzen überschreiten oder sich ideologisch abgrenzen.

Zentral ist dabei der Begriff der Präsenz: Fachkräfte und Eltern ziehen sich nicht zurück, sondern zeigen, dass sie Verantwortung übernehmen und sich der Situation stellen. Es geht nicht um Kontrolle oder Strafe, sondern um Selbstkontrolle, Aushalten und bewusste Standhaftigkeit. Pädagogische Autorität entsteht durch Beziehung, Ruhe und Verlässlichkeit.

Im Rahmen des Clear-Verfahrens bedeutet dies, dass pädagogische Fachkräfte auch in angespannten Situationen kommunikativ handlungsfähig und kooperationsbereit bleiben. Sie reagieren nicht impulsiv, sondern abgestimmt im Team, vermeiden Eskalation und bewahren den Kontakt zu den Schüler:innen. Diese verbindende Präsenz bildet eine Grundlage dafür, dass Jugendliche trotz konflikthafter Dynamiken emotional erreichbar bleiben.

Durch die Verbindung von strukturierter Teamarbeit und

³⁷ Vgl. Omer, Haim/Schlippe, Arist von: Stärke statt Macht. Neue Autorität in Familie, Schule und Gemeinde, Göttingen 2016.





einer präsenten, beziehungsorientierten Haltung entsteht im CleaR-Verfahren ein Rahmen, in dem Schule zugleich konsequent und fürsorglich handeln kann. So wird deutlich: Prävention gegen Radikalisierung ist keine Frage von Kontrolle, sondern eine Frage von Haltung – einer Haltung, die auf Vertrauen, Beziehung und professioneller Standfestigkeit beruht.

Das CleaR-Verfahren zeigt, wie schulische Radikalisierungsprävention gelingen kann, wenn sie auf Struktur, Kooperation und pädagogischer Haltung beruht. Es bietet Schulen ein Verfahren, um komplexe Fällen reflektiert, abgestimmt und verantwortungsvoll zu behandeln. Entscheidend ist dabei nicht Kontrolle, sondern Präsenz und Beziehung – im Sinne der ‚Neuen Autorität‘ nach Haim Omer. Durch die Verbindung von Teamarbeit, professioneller Selbstkontrolle und verbindender Präsenz entsteht eine Schulkultur, in der Prävention nicht als Eingriff, sondern als Ausdruck von Vertrauen, Bedacht und pädagogischer Standfestigkeit verstanden wird. CleaR steht damit für eine Pädagogik, die Haltung zeigt – und Jugendlichen echte Perspektiven im Rahmen demokratischer Werte eröffnet.





5. Herausforderungen und offene Fragen

Radikalisierungsprävention in der Schule ist ein komplexes Aufgabenfeld, das hohe Anforderungen an Institution, Personal und Haltung stellt. Sie bewegt sich im Spannungsfeld zwischen pädagogischer Verantwortung, gesellschaftlicher Erwartung und den begrenzten Ressourcen des Schulalltags. Trotz vieler Fortschritte in den vergangenen Jahren bleibt die Umsetzung mit grundlegenden Herausforderungen verbunden, die sowohl strukturelle als auch professionelle Dimensionen betreffen.

Eine zentrale Aufgabe besteht in der nachhaltigen Verankerung präventiver Strukturen. Viele schulische Präventionsansätze sind befristet, abhängig vom Engagement einzelner Personen und nicht dauerhaft im Schulprogramm verankert. Ohne institutionelle Stabilität droht Wissen verloren zu gehen, und mit personellen Wechseln verschwindet häufig auch die damit verbundene Handlungssicherheit. Prävention kann jedoch nur dann wirksam sein, wenn sie systematisch in schulische Abläufe integriert, regelmäßig reflektiert und von der gesamten Schulgemeinschaft getragen wird.

Eng damit verknüpft ist die Qualifikation des pädagogischen Personals. Lehrkräfte, Schulsozialarbeit und Schul-





leitung benötigen zum einen ein fundiertes Verständnis von Radikalisierungsprozessen und den unterschiedlichen Phänomenbereichen – etwa islamistischem, rechtsextremem, linksextremem oder verschwörungsideologischem Denken. Zum anderen braucht es ein solides Methodenwissen einschließlich Kompetenzen in Gesprächsführung, Deeskalation, Diagnostik, Elternarbeit, Konfliktlösung und Teamkommunikation. Prävention verlangt jedoch nicht nur Wissen, sondern vor allem die Fähigkeit, in schwierigen Situationen pädagogisch kontrolliert und kommunikativ handlungsfähig zu bleiben. Fehlen diese Kompetenzen, drohen Fehlinterpretationen, vorschnelle Zuschreibungen oder unbeabsichtigte Markierungen. Kontinuierliche Fortbildung, kollegiale Fallberatung und Supervision sind daher unverzichtbare Elemente professioneller Präventionspraxis.

Zudem stellt sich die Frage nach ausreichenden personellen und zeitlichen Ressourcen. Präventionsarbeit ist aufwändig, sie erfordert Zeit für Beziehungsarbeit, Teamabsprachen, Reflexion und Kooperation mit außerschulischen Partner:innen. In vielen Schulen fehlt dafür jedoch die notwendige Ausstattung. Wenn Prävention nur ‚nebenbei‘ geleistet wird, verliert sie an Wirkung, Qualität und Nachhaltigkeit. Erforderlich sind daher feste Zuständigkeiten, Entlastungszeiten sowie eine verlässliche und ausreichende Finanzierung, um die Kontinuität des Handelns sicherzustellen.

Ein weiteres Spannungsfeld ergibt sich aus der zunehmenden Versicherheitlichung pädagogischer Praxis. Lehrkräfte sollen sensibel auf Anzeichen von Radikalisierung reagieren, geraten dabei aber bisweilen in sicherheitslogische Denkmuster, die pädagogische Beziehung und Vertrauen gefährden können. Eine solche Verschiebung von Prävention in Richtung Kontrolle birgt das Risiko, dass Schüler:innen



stigmatisiert und pädagogische Handlungsspielräume eingeschränkt werden. Prävention muss jedoch ihrem Kern nach pädagogisch bleiben: Sie ist Teil einer demokratiepädagogischen Aufgabe und kein Instrument sicherheitspolitischer Gefahrenabwehr.

Auch die Balance zwischen Nähe und Distanz stellt eine bleibende Herausforderung dar. Prävention lebt von Beziehung und Vertrauen, verlangt aber zugleich professionelle Abgrenzung. Das Konzept der ‚Neuen Autorität‘ nach Haim Omer bietet hier ein tragfähiges Orientierungsmodell: Pädagogische Präsenz, Selbstkontrolle und Standhaftigkeit stärken Lehrkräfte und Schulsozialarbeitende darin, auch in konflikthaften Situationen handlungsfähig zu bleiben, ohne Eskalationen zu verstärken. Diese Haltung verbindet Standhaftigkeit mit Beziehung und bildet das Fundament einer glaubwürdigen Präventionsarbeit.

Schließlich bleibt die Bewertung und Sichtbarmachung präventiver Wirkung eine offene Frage. Prävention zeigt sich häufig in Prozessen, die nicht unmittelbar messbar sind – etwa in stabilisierten Beziehungen, gestärktem Vertrauen oder in der Vermeidung von Eskalationen. Um solche Entwicklungen erfassen zu können, braucht es qualitative, prozessbegleitende Dokumentationsformen, die den komplexen Charakter pädagogischen Handelns berücksichtigen, ohne ihn auf Kennzahlen zu reduzieren.

Insgesamt zeigt sich: Schulische Radikalisierungsprävention kann nur gelingen, wenn fachliche Qualifikation, methodische Kompetenz, institutionelle Stabilität und ausreichende personelle Ressourcen in ein gemeinsames Konzept eingebunden sind. Sie ist kein additiver Aufgabenbereich, sondern Ausdruck professioneller pädagogischer Kultur. Eine Schule, die Prävention als Teil ihres Bildungsauftrags versteht, stärkt damit nicht nur den Schutzraum



für Schüler:innen, sondern auch ihre eigene demokratische Widerstandsfähigkeit gegenüber Ideologien der Abwertung und Ausgrenzung.



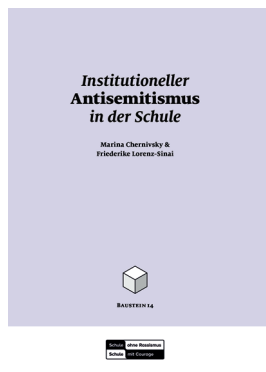
FOTO: PICTURE ALLIANCE / SZ PHOTO | ALESSANDRA SCHELLNEGGER







Bereits erschienen:



Institutioneller Antisemitismus in der Schule

Marina Chernivsky und Friederike Lorenz-Sinai



Osteuropa – Impulse für die Bildungsarbeit

Daniel Kraft, Barbara Oertel, Uwe Rada und
Anastasia Tikhomirova



Das postkoloniale Klassenzimmer

Mark Terkessidis



Mobbing in Schule und Jugendarbeit

Florian Wallner und Sanem Kleff



Junge Menschen und ihre Rechte in Schulen

Roland Roth





Identitätspolitiken und Schule

Michael Kiefer



Antisemitismus von Links – Facetten der Judenfeindschaft

Thomas Haury



Antimuslimischer Populismus

Alexander Häusler



Transnationaler Extremismus

Floris Biskamp, Saba-Nur Cheema, Sanem Kleff,
Meron Mendel und Eberhard Seidel



Antisemitismus und Migration

Michael Kiefer



Reden über Rassismus in Deutschland

Doris Akrap, Anna Böcker, Arno Frank,
Sanem Kleff, Lalon Sander, Mark Terkessidis und
Hengameh Yaghoobifarah



Die Rolle der Schulsozialarbeit in der Menschenrechtserziehung

Norbert Hocke und Sanem Kleff



Gender & Islam in Deutschland

Ahmet Toprak, Sanem Kleff und Eberhard Seidel



Der Präventionsansatz von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Sanem Kleff





Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Die Publikation entstand im Projekt „Kooperationsverbund Demokratiebildung im Kindesalter“, das im Rahmen von „Demokratie leben!“ durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird.

Die Erstellung der Publikation wurde gefördert von:

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

